

Gegenwind *Sonderheft*

Februar 2014 (Beilage zu *Gegenwind* 305)



grüne

Kommunalpolitik

*Interviews aus elf Kreistagen,
drei Ratsversammlungen und einer Bürgerschaft*

Vorwort.....	3	Segeberg: Arne Hansen „Das Projekt der A-20 sollte an der A-21 qualifiziert beendet werden.“.....	17
Flensburg: Ellen Kittel-Wegner „Das Klima ist ausgesprochen gut, wir können mit allen reden“	4	Neumünster: Thomas Krampfer „Wir wollen für Neumünster eine Hochschulbindung.“	19
Schleswig-Flensburg: John Wilner-Höfer „... dass die Anfangsschwierigkeiten überwunden werden können“	6	Rendsburg-Eckernförde: Armin Rösener „Fast beängstigend harmonisch“	21
Nordfriesland: Uwe Schwalm „... dass wir mit der Jamaika-Zusammenarbeit weitermachen.“	8	Kiel: Lydia Rudow „Wir haben jetzt einen Wahlkampf“	23
Dithmarschen: Kerstin Hansen und Peter Mohrfeld „Das wichtigste Thema ist der demografische Wandel“	10	Plön: Axel Hilker „Wir wollen als »Kristallisationskern der Guten« gemeinsam Mehrheiten suchen“	25
Steinburg: Heinrich Voß und Inken Carstensen-Herold „Unsere Stärke ist es, Themen zu besetzen“....	13	Ostholstein: Monika Obieray „Wir probieren es jetzt mit der CDU“	27
Pinneberg: Thomas Giese „Man braucht immer Mitstreiter und letztlich Mehrheiten“	15	Lübeck: Thorsten Fürter „Wir wollen keine Anträge ablehnen, nur weil sie von den »Falschen« kommen.“	29
		Herzogtum Lauenburg: Annedore Grenz „Die Mehrheitsverhältnisse sind schwierig“...	31
		Stormarn: Stefan Kehl „Der stärkste Kreis muss anderen helfen, muss aber stark bleiben können“	33



**lesen
und lesen
lassen**

Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.

Egal, ob Sie ein Mandat haben, in der Verwaltung beschäftigt sind oder einen Verband vertreten: Auch in der Kommunalpolitik ist bestmögliche Information unabdingbar für erfolgreiches Arbeiten. Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen.

Beides vereinen wir in unserer Zeitschrift „**Alternative Kommunalpolitik**“, die in jedem Heft mit einem Schwerpunktthema aktuelle Berichte und nützliche Tips enthält.

Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft. Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:

► www.akp-redaktion.de

AKP
Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de
internet: www.akp-redaktion.de

Impressum

Herausgeber:
Gesellschaft für politische Bildung e.V.

Spendenkonto:
Postbank Hamburg
IBAN DE06 2001 0020 0130 0192 01
BIC: PBNKDEFF

Redaktion:
Gegenwind, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel
redaktion@gegenwind.info
www.gegenwind.info

Verantwortlich: Reinhard Pohl

Erscheinungstermin:
Februar 2014 / Beilage zum **Gegenwind** 305

Druck: hansadruck, Kkiel

Abonnement des **Gegenwind**:
Magazin Verlag, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel
abo@gegenwind.info
1 Jahr = 12 Ausgaben = 33 Euro (Normalabo) oder 46,20 Euro (Solidaritätsabo)

Kommunalpolitik funktioniert anders als Landespolitik oder Bundespolitik.

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker arbeiten ehrenamtlich, sie bekommen eine geringe Aufwandsentschädigung. Nur in wenigen Kommunalparlamenten werden FraktionsmitarbeiterInnen finanziert. Diese „Feierabend-PolitikerInnen“ haben die Aufgabe, die Verwaltung zu kontrollieren. Sie beschließen allerdings keine Gesetze, nur Satzungen.

In diesem Heft stellen wir 15 grüne Kreistagsfraktionen, Ratsfraktionen und die Bürgerchaftsfraktion in Interviews vor. Alle Interviews entstanden zwischen dem 9. und 21. Januar.

In Schleswig-Holstein traten die Grünen 1982, im Jahre der Fusion der GLSH und der Grünen, erstmals bei Kommunalwahlen an. Sie erzielten 55.000 Stimmen. 1986 waren es dann 100.000 Stimmen, 1990 nur noch 84.000. 1994 erzielten sie mit 148.980 Stimmen ihr bisher bestes Kommunalwahlergebnis. 1998 waren es nur noch 90.000 Stimmen, 2003 wieder 100.000 und 2008 115.000 Stimmen.

Bei den Kommunalwahlen im Mai 2013 erreichten sie mit 148.086 Stimmen ihr bisher zweitbestes Ergebnis. Inzwischen war aber die Wahlbeteiligung drastisch gesunken: Waren es 1994 noch 148.980 von insgesamt 1.476.237 Stimmen, also rund 10 Prozent, waren es 2013 148.086 von 1.098.471 Stimmen, also rund 13,5 Prozent. Inzwischen sind die Grünen auch in allen Kreistagen und Ratsversammlungen (die Lübecker Version der Ratsversammlung ist die Bürgerschaft) vertreten. Insbesondere an der Westküste war das lange Zeit nicht der Fall und jede Wahl eine Zitterpartie.

In dieser Zeit gingen aber die Stimmzahlen anderer Parteien erheblich zurück: Die CDU sackte von 700.000 (1982) auf 420.000 Stimmen (2013) ab, die SPD von 600.000 (1990) auf 320.000 Stimmen (2013).

In Kreistagen und Ratsversammlungen sind „Koalitionen“ (die dort mangels Gesetzgebungs-Kompetenz „Kooperation“ heißen) eher die Ausnahme. In den Interviews wird von entsprechenden Vereinbarungen in Nordfriesland, Ostholstein und Plön berichtet, darüber hinaus in Kiel und Lübeck. Sie haben allerdings einen unterschiedlichen Charakter: Während in Nordfriesland, Plön, Kiel und Lübeck die gemeinsamen Abstimmungen vereinbart wurden, darf in

Ostholstein auch gegeneinander gestimmt werden. In Plön gibt es dazu noch eine „Minderheiten-Kooperation“, denn die drei Partner haben im Kreistag nicht die Mehrheit.

An allen fünf Kooperationen sind die Grünen beteiligt, zweimal arbeiten sie mit der CDU, dreimal mit der SPD zusammen. Die Gründe dafür werden in den Interviews erläutert.

Während in den Städten Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister (meistens „OberbürgermeisterIn“) von den WählerInnen direkt gewählt werden, als nächstes im März in Kiel, werden die Landrätinnen und Landräte in den elf Landkreisen indirekt gewählt, also vom Kreistag. Zuletzt hat das der Kreistag in Nordfriesland versucht, erreichte aber nur ein Patt, so dass das Los entscheiden musste (vgl. **Gegenwind** 301, Seite 51). Als nächstes steht für den April die Landratswahl in Segeberg an.

Ein großes Thema ist das „Finanzausgleichsgesetz“, das den Kommunalen Finanzausgleich regelt. Das soll bis 2015 neu gefasst werden und dann tendenziell mehr Geld an die Städte geben, weil diese bisher ein weitaus größeres Defizit produzieren als die Landkreise: Von 659 Millionen Euro „Fehlbetrag“ entfielen 2012 60 Prozent auf die vier kreisfreien Städte und 40 Prozent auf die elf Landkreise und die Gemeinden. Seit September 2013 liegt ein Entwurf des Gesetzes vor, das von der Landesregierung gebilligt wurde, allerdings noch mit den Kreisen und kreisfreien Städten diskutiert wird. Geplant ist, das FAG noch 2014 zu verabschieden, rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen in den Kreisen für 2015. Auch das spielt in vielen dieser Interviews eine Rolle.

Ansonsten hoffe ich, dass die Interviews einen Einblick in die Politik vor Ort geben, die manchmal ganz anders ist als die Landespolitik. Und der **Gegenwind** lädt alle anderen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie alle Interessierten ein, die Interviews und die darin angesprochenen Themen zu kommentieren.

Redaktionsschluss ist der
20. Februar für das März-Heft
20. März für das April-Heft
17. April für das Mai-Heft.

redaktion@gegenwind.info

Viel Spaß bei Lesen!

Reinhard Pohl

„Das Klima ist ausgesprochen gut, wir können mit allen reden“

Elle Kittel-Wegner,
Vorsitzende der grünen
Ratsfraktion in Flensburg

Gegenwind: Wie war das Ergebnis der Kommunalwahl? Warst Du zufrieden?

Elle Kittel-Wegner: Wir haben 12,5 Prozent erreicht, das sind 5 Ratsmandate, zuvor hatten wir drei Mandate. Für Flensburg ist das ein sehr, sehr gutes Ergebnis, da wir hier 7 Ratsfraktionen haben und einen historisch sehr starken SSW. Insofern waren wir wirklich außerordentlich zufrieden.

Gegenwind: Wie sind die Mehrheitsverhältnisse? Gibt es feste Mehrheiten oder Blöcke? Oder gibt es wechselnde Mehrheiten?

Elle Kittel-Wegner: Es gibt keine festen Mehrheiten, Koalitionen oder Kooperationsvereinbarungen. Die Mehrheiten wechseln – aufgrund der sieben Fraktionen wird deutlicher stärker an der Sache diskutiert und viel weniger partei-ideologisch. Es ist dadurch überhaupt kein Problem, wenn zu einem Thema Grüne mit Linken und CDU einen Antrag schreiben, zu einem anderen dagegen gemeinsam mit Wählerinitiative und SSW. Dies hängt tatsächlich hauptsächlich an den jeweiligen Inhalten. Aus meiner Sicht haben wir dadurch ein recht stabiles Gleichgewicht, in dem auch kleine Fraktionen die Chance haben, Themen zu setzen und die Stadt inhaltlich voran zu bringen.

Gegenwind: Wie ist das Klima zwischen den Fraktionen und Abgeordneten? Reden alle mit allen, oder gibt es bevorzugte Gesprächspartner?

Elle Kittel-Wegner: Aus grüner Perspektive ist das Klima ausgesprochen gut, wir können tatsächlich mit allen reden. Politisch motivierte Feindschaften wie „mit der CDU redet man nicht“ oder „mit der SPD machen wir keine Anträge“ kann sich niemand leisten, wenn Inhalte voran gebracht werden sollen. Natürlich ist das immer auch sehr personenabhängig.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zum Bürgermeister und zur Verwaltung? Arbeiten die mit allen Fraktionen zusammen?

Elle Kittel-Wegner: Unser Verhältnis zu den Bürgermeistern und der Verwaltung – gerade auch zum Oberbürgermeister – ist gut, obwohl er kein grüner Kandidat war. Das Verhältnis ist gut, da der Oberbürgermeister tatsächlich ansprechbar für alle Fraktionen ist. Zur Verwaltung ist unser Verhältnis ebenfalls problemlos und gut, was aber nicht für alle Fraktionen des Rats so zu sein scheint.

Gegenwind: Was sind aus grüner Sicht die wichtigsten Themen? Was wollt Ihr einbringen und durchsetzen?

Elle Kittel-Wegner: Grundlage kommunalpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten ist ein funktionierender Haushalt, der noch Handlungsspielräume lässt. Deshalb haben wir uns schon sehr früh verpflichtet, Haushaltskonsolidierung ernst zu nehmen. Da Flensburg wie alle kreisfreien Städte im Hinblick auf seine Aufgaben für das Umland dramatisch unterfinanziert ist, setzen wir jedoch auch auf Verbesserungen durch die Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs.

Inhaltlich ist unser großes Schwerpunktthema die Bildung: beginnend bei Kita-Ausbau und Qualitätssteigerung in Kitas, Erhalt eines differenzierten Schulangebotes wie auch der Entwicklung unseres Campus mit beiden Hochschulen.

Sowohl Transparenz, beispielsweise bei den kommunalen Tochterunternehmen, als auch Beteiligung der EinwohnerInnen sind weitere große Themen, die vorangetrieben werden.

Interkulturelle Kompetenz



Was ist Interkulturelle Kompetenz, wozu ist sie nützlich, wie kann man sie lernen?

Was ist Kulturalismus? Gibt es einen Kampf der Kulturen? Sind Menschen multikulturell? oder transkulturell?

Was bin ich?

Reinhard Pohl: **Interkulturelle Kompetenz**
 2011, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes ist uns wichtig, viel mehr Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu initiieren und dazu bei zu tragen, weitere soziale Spaltung zu verhindern.

Klimapolitisch sind wir in Flensburg mit einem Klimapakt, der ganz viele Unternehmen und Institutionen beteiligt, insgesamt auf gutem Wege, doch auch hier gibt es immer noch mehr Konkretes, was umgesetzt werden kann.

Gegenwind: Kriegt Ihr grüne Themen in der Ratsversammlung durch? Gelingt es durch Überzeugung, oder müsst Ihr Tauschgeschäfte machen, damit die anderen auch zustimmen?

Ellen Kittel-Wegner: Wir kriegen unsere Themen durch. Wir haben in der letzten Wahlperiode ca. 85 Anträge durchgesetzt, obwohl wir nur drei Ratsmitglieder waren. Das funktioniert nicht mit Tauschgeschäften. Es funktioniert tatsächlich nur, indem man vorher ganz viel kommuniziert, andere überzeugt, und dann die Anträge einbringt. Wir kriegen grüne Themen wirklich oft durch, aber wir bringen Anträge auch erst dann ein, wenn wir wissen, dass wir eine Chance haben, sie zu gewinnen.

Gegenwind: Kannst Du zwei, drei Beispiele sagen, was die Grünen durchgebracht haben?

Ellen Kittel-Wegner: Wir haben im vergangenen Jahr direkt vor der Kommunalwahl durchgesetzt, dass es einen neuen Bücherbus für Flensburg geben wird. Dies schien aufgrund der Haushaltskonsolidierung lange unmöglich. Dies Thema kurz vor der Kommunalwahl anzugehen, mit unglaublich viel Unterstützung aus Kitas und Schulen und private Spenden, half jedoch, auch die skeptischen Fraktionen zu überzeugen und einstimmig einen Bücherbus zu beschließen.

Die Flensburger Stadtwerke arbeiten auf unsere Initiative hin in Produktion und Handel atomstromfrei.

Eine unsinnige und gefährliche Verkehrsregelung haben wir durch Antrag zunächst entschärft, mit der langfristigen Hoffnung, dort auch einen überflüssigen Tunnel verhindern zu können.

In Flensburg nutzen Verwaltung und sämtliche angeschlossene Einheiten, insbesondere Schulen, inzwischen hauptsächlich Recyclingpapier.

Wir haben mit anderen Fraktionen vor einiger Zeit durchgesetzt, dass wir über „pro familia“ kostenlose Verhütungsmittel ausgeben können, für Menschen, die sich diese sonst nicht leisten könnten. Dies ist auch bundesweit inzwischen ein Vorzeige-Modell. Jüngst haben wir eine verbindliche Resolution zur Flüchtlingspolitik* – nahezu einstimmig – beschlossen, die sich auch auf die Arbeit unserer Ausländerbehörde auswirken soll.

Gegenwind: Was sind zur Zeit die wichtigsten Themen in der Stadt? Und wie stehen die Grünen dazu?

Ellen Kittel-Wegner: Ein wichtiges Thema in der Stadt ist die Bildungspolitik. Es geht um die Weiterentwicklung der Schulen, gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Für uns ist wichtig, dass wir die Vielfalt der Schulen erhalten können und uns nicht reduzieren müssen auf zwei, drei große Schulen, sondern mehrere kleine erhalten können.

Großes Thema ist der Ausbau von Kitas, gerade für Kita-Träger, die kleiner sind. Da müssen wir dringend Lösungen finden. Wir sind bei einer Versorgungsquote von 35 Prozent, aber wir brauchen weit mehr, wie alle anderen Städte auch. Aber viele Kita-Träger sind am Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Diese Träger brauchen unsere Unterstützung, da wir diese Aufgabe als Stadt gar nicht selbst leisten können.

Ein großes Thema – zumindest aus grüner Sicht – ist in Flensburg auch die Entwicklung des ÖPNV. Es bewegt sich im Moment viel, und die kommunale Busgesellschaft treibt auch grüne Ideen selbst mit voran, wenn sie betriebswirtschaftlich umsetzbar sind.

Gegenwind: Wie steht es um die Finanzen? Wie steht Ihr zur Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes?

Ellen Kittel-Wegner: Flensburg hat wie alle kreisfreien Städte eine relativ hohe Verschuldungsquote. Insofern haben wir schon mit mehreren Fraktionen einen eigenen Haushaltskonsolidierungspakt geschlossen, lange bevor die alte Landesregierung die Konsolidierung vorangetrieben hat. Wir haben damals schon deutliche Einsparungen,



aber vor allem Einnahme-Erhöhungen beschlossen. Dabei haben sich alle Fraktionen sehr bewegt und Zugeständnisse gemacht, etwa bei der deutlichen Gewerbesteuererhöhung. Wir meinen, dass ein Oberzentrum auch tatsächlich so ausgestattet sein muss, dass es die umliegenden Kommunen der Aufgabe gemäß mit versorgen kann. Die dazu vorhandenen Untersuchungen zeigen ja auch deutlich, dass die Oberzentren bisher zu schlecht ausgestattet sind. Insofern ist es unser Wunsch, dass hier gerechter verteilt wird.

Gegenwind: Arbeitet Ihr mit den benachbarten grünen Fraktionen in den Kreistagen zusammen?

Ellen Kittel-Wegner: Themenabhängig: ja. Wir tauschen uns aus bei Themen, die uns gemeinsam betreffen, wie dem Landestheater – gerade jetzt ganz aktuell. Tourismus/Entstehung einer LTO (Lokale Tourismus-Organisation) und Kulturregion sind weitere Themen, die unsere Nachbarkreise genauso wie uns selbst betreffen. Wünschenswert wäre sicherlich ein noch viel weitergehender Austausch, dieser ist jedoch häufig nicht schaffbar - der knapp bemessenen Zeit aller geschuldet.

Gegenwind: Vielen Dank.

* vgl. „Der Schlepper“ 67/68, S. 81, siehe www.frsh.de

„... dass die Anfangsschwierigkeiten überwunden werden können“

John Wilner-Höfer,
Fraktionsvorsitzender
der Grünen Schleswig-
Flensburg

Gegenwind: Wie war das Wahlergebnis der Kommunalwahl? Wart Ihr zufrieden?

John Wilner-Höfer: Ja, wir haben bei der letzten Kommunalwahl 11,2 Prozent erhalten im Kreisgebiet. Die Wahlbeteiligung war insgesamt auch nicht so schlecht, an die 60 Prozent. Wir hatten in der letzten Wahlzeit vier Kreistagsabgeordnete und haben seitdem sechs im Kreistag, also 50 Prozent Verbesserung, und das schlägt sich natürlich nieder in der gesamten Arbeitsaufteilung. Aber auf der Grundlage, dass ein Großteil der Fraktion Newcomer sind, neu in die Kreistagspolitik oder Kommunalpolitik insgesamt eingestiegen sind.

Gegenwind: Der Kreistag begann ja mit offenem Streit. Wie sind die Mehrheitsverhältnisse, wie war da-

mals die Stimmung? Wie ist der Streit entstanden?

John Wilner-Höfer: Wir haben verschiedene Runden im Vorwege gehabt, um die Frage von Ausschussbesetzungen, Ausschussgrößen und von Gremienbesetzungen, wo Kreisvertreter in Gremien mitarbeiten, zu klären. Das war schwierig, nachdem das Wahlergebnis feststand, als die Fraktionen im Kreistag klar waren. Auch die kleinen von FDP und Freien Wählern, dann gibt es noch einen linken Abgeordneten und einen des „Bündnis für Bürger“, sollten berücksichtigt werden. Die Mehrheitsverhältnisse waren dominiert durch die CDU, die den Anspruch stellte, den Kreispräsidenten und den ersten Kreisrat zu besetzen, das heißt den Stellvertreter des Landrats. Da war man sich im Vorwege weitgehend einig, allerdings war die Gretchenfrage der Kreispräsident. Es wurde von SPD, SSW und Grünen vorgeschlagen, dass das ja auch ein SPD-Mensch sein könnte. Damit hätte man ein bisschen Parität bei den Hauptfunktionen gehabt. Die CDU hat vor der konstituierenden Sitzung ein

Doppelspiel gespielt. Sie haben uns alle nicht vorher informiert, haben dann Vorverabredungen aufgekündigt und Gremien besetzt, ohne das Wahlergebnis entsprechend zu berücksichtigen. SPD, SSW und Grüne sind ja zusammen bei fast 50 Prozent gelandet. Dann hat aber eine zweite Extra-Kreistagssitzung stattgefunden, wo dann diese Verhältnisse auch durch Rechtsgutachten des Kreises berichtigt worden sind. Es gibt jetzt eine fast paritätische Beteiligung von SPD, SSW und Grünen bei bestimmten Gremien-Besetzungen. Die CDU ist ein wenig zurückgerudert, aber erst, nachdem sie durch Rechtsgutachten auch dazu aufgefordert worden ist.

So sind die Mehrheitsverhältnisse. Es gibt keine Kooperationen, sondern nur im Rahmen der Konstituierung haben CDU, FDP, Bündnis für Bürger, Linke und Freie Wähler eine gemeinsame Linie gehabt, die CDU hat die anderen mit eingebootet. Das Ergebnis war wie es war, ist aber im Nachhinein korrigiert worden. Der Knackpunkt

ist, wir wollten 16 Mitglieder in jedem Ausschuss haben, jeweils der 16. Sitz wäre ein SPD-Sitz gewesen, aber die SPD ist vom Wahlergebnis her jetzt eindeutig benachteiligt, weil die CDU Ausschüsse mit jeweils 15 Mitgliedern durchgesetzt hat.

Gegenwind: Gibt es jetzt weiterhin eine Blockbildung? Wie ist zur Zeit das Klima im Kreistag?

John Wilner-Höfer: Blockbildung gibt es in gewissem Sinne, ja. Aber ich glaube, es wird unterschiedlich gesehen. SSW und Grüne sind weitgehend offen für neue Mehrheiten jenseits der Blöcke der Konstituierungssitzung. Wir wollen jeweils inhaltliche Mehrheiten finden. Allerdings ist die Grundlinie bei der CDU weiterhin sehr konservativ, zuletzt bei einer Resolution hinsichtlich einer neuen Aufnahmekultur für Flüchtlinge haben wir das gesehen. Im Ältestenrat hatten wir intensiv dazu diskutiert, wir haben eine relativ moderate Form gefunden, weisen aber auf Kreis-Besonderheiten hin. Auf der gleichen Kreistagssitzung wurde ein Handlungskonzept „Migration und Integration“ im Kreistag beschlossen. Aber die CDU hat mit einigen Enthaltungen gegen diese Resolution gestimmt. Trotzdem ist eine Mehrheit zustande gekommen, aber es war kein berauschendes Zeichen, dass man eine neue Politik in dieser Frage gehen will.

Ansonsten glaube ich, dass die Anfangsschwierigkeiten einigermaßen überwunden werden können und dass jede Fraktion bemüht sein sollte, für eigene Initiativen Mehrheiten zu finden. Recht gut klappt bei uns im Vorwege die Kommunikation zum SSW und zur SPD. Wenn wir Initiativen starten, sind das meist die ersten, die wir fragen.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zum Landrat und zur Verwaltung? Arbeiten sie mit dem Kreistag gut zusammen?

John Wilner-Höfer: Ja, das kann man sagen. Für die ganz kleinen Fraktionen ist es schwierig, aber wir haben in bestimmten Fragen die Verwaltung gebeten, uns zu unterstützen, zum Beispiel bei der Erklärung des Haushaltes, und da haben wir kleine Fraktionen und einzelne Abgeordnete dazu genommen, da sehen wir kein Hindernis. Es sind ganz viele Neueinsteiger im Kreistag, es ist geplant, einen Grundkurs „Haushalt“ zu machen, und das kann man fraktionsübergreifend gut

hinkriegen. Manchmal ist es auch anregend, wenn man andere dabei hat.

Gegenwind: Was sind aus grüner Sicht die wichtigsten Themen und Eure Initiativen?

John Wilner-Höfer: Das haben wir bei einer Klausur festgelegt und veröffentlicht. Es sind:

- Gleiche Chancen auf dem Land
- Verkehr: Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere des ÖPNV, kostenlosen Schülerverkehr und Verbesserungen für mobilitätseingeschränkte Menschen, sowie bessere Anbindung von Stadt und Land
- Transparenz/Bürgernähe: Bessere Internetpräsenz des Kreises
- Energiewende: Klimapakt Flensburg und anliegende Kommunen, Ausweitung auf den gesamten Kreis.
- Regionalentwicklung auch grenzüberschreitend: EU-Förderplan, Stabilisierung des kulturellen Angebots, Kultur auf'm Land, Bildungslandschaften
- Schuldenabbau bei nachhaltigen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Energiewende.
- Soziales: Demografischer Wandel, Mehr-Generationenprojekte, Verbesserung sozialer Infrastruktur
- Bildung: Ausbau von U3-Betreuung, Inklusion und Schulbus-ÖPNV
- Aktionen und Initiativen zum Thema Green Day und regionaler, ökologischer Lebensmittel
- Prüfung des Beitritts in den Kreis der Transition-Towns (Übergang in eine postfossile, relokalisierte Wirtschaftsform mit zum Beispiel innerörtlichen Gemeinschaftsgärten und anderen Sharing Möglichkeiten)
- Ausbau von sanftem Tourismus.

Wir machen jetzt Ende Februar eine zweite Klausur, wo wir eine Agenda für dieses und das nächste Jahr auflegen wollen. Ein großes Problem ist die Demografie. Der Kreis ist an einem Modellprojekt beteiligt, Handlungsmöglichkeiten aufgrund demografischer Entwicklungen zu finden. Die ersten Ergebnisse sollen nächste Woche kommen. Da sind wir ganz gespannt, weil wir im Vorwege nicht beteiligt waren, die Politik kommt erst in der zweiten Stufe dazu. Es geht um Senioren, Behinderte, Schule und Ausbildung, Arbeitsmöglichkeiten im ländlichen Raum und Innovationen wie die Breitbandversorgung. Man wird sicher von Seiten der Politik einiges ergän-

zen, aber das gibt dann für uns einen Handlungsrahmen, welche Möglichkeiten wir haben, die Negativdaten aus der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum hier und da auszugleichen.

Gegenwind: Ihr habt gerade einen Plan für die Integration verabschiedet. Welche Änderungen bringt das konkret? Ist eine grüne Handschrift erkennbar?

John Wilner-Höfer: Dies Projekt schwebt seit zweieinhalb Jahren. Es gab eine Eröffnungsveranstaltung vom Kreis auf grüne Initiative. Wir wollten ein Handlungskonzept kommunal hinkriegen, um die Teilhabe von Migranten auf allen Ebenen im Kreis zu verbessern. Wir wollten von der Wiege bis zur Bahre alles aufgreifen und die Möglichkeiten für diese bedeutungsvolle Gruppe verbessern. Die Gruppe ist vielleicht nicht so bedeutsam wie in Kiel oder Flensburg, aber geschätzt haben wir 12 bis 15 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund. Das Handlungskonzept sollte alle Möglichkeiten festschreiben, man kann das natürlich noch erweitern oder bestimmte Sachen verwerfen, aber es sollen Strukturen entstehen und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Das Konzept ist verabschiedet worden, wir sind aber nicht zufrieden mit der Lösung der Frage eines hauptamtlichen Koordinators. Wir sind der Meinung, dass wir mindestens in der Anfangszeit einen gut geeigneten brauchen. Das zeigen auch Beispiele wie in Flensburg, dort funktioniert das gut, um solch ein Handlungskonzept wirklich zu implementieren. Es sollte ein Runder Tisch oder ein Forum von Migrantinnen und Migranten organisiert, also gegründet und begleitet werden, und die Verbindung zur Politik und Verwaltung muss hergestellt werden. Das Ergebnis im Kreistag war, keine neue Stelle zu schaffen, sondern zu prüfen, ob aus dem Personal der Verwaltung jemand umgewidmet werden kann. Ansonsten ist das Handlungskonzept im Dezember mit großer Mehrheit, nur ein oder zwei Enthaltungen, verabschiedet worden.

Gegenwind: Wo liegen die Probleme in der Kulturpolitik?

John Wilner-Höfer: Das Theater ist natürlich hauptsächlich ein Schleswiger Thema. Aber wir sind als Kreis gefragt worden, als Gesellschafter des Landestheaters, und haben mehrheitlich entschieden, dass der Kreis



sich am Landestheater mit 500.000 der Kulturstiftung und 500.000 Euro Kreismittel für einen Neubau beteiligt. Allerdings nur, wenn das FAG 2015 nicht zu sehr zu unseren Ungunsten ausfällt. Also nur, wenn unser finanzieller Bewegungsspielraum nicht schlechter wird, als er derzeit schon ist. Man soll ja aus der Kommunalpolitik auch Anregungen für das Land geben: Ich wünsche mir eine Neukonzeption für das Landestheater, das die Theater von Kiel und Lübeck mit einschließt. Ein Landestheater heißt für mich, dass alle professionellen Theater unter einem Dach sind. Sie müssen stärker kooperieren, denn wir sind ein kleines Bundesland. Wir können es uns nicht leisten, Hochkultur in Form eines eigenen Theaterstandortes alle 30 Kilometer zu finanzieren. Flensburg, Schleswig, Rendsburg, Kiel und Lübeck sind Standorte, und diese Kräfte zu bündeln wäre eine Aufgabe für alle Gesellschafter und Kooperationspartner im Sinne eines zukunftsorientierten Landestheaters.

Gegenwind: Vielen Dank!

„... dass wir mit der Jamaika-Zusammenarbeit weitermachen.“

Uwe Schwalm,
Vorsitzender der grünen Kreistagsfraktion in Nordfriesland

Gegenwind: Wie war das Ergebnis der Kommunalwahl? Warst Du damit zufrieden?

Uwe Schwalm: Ja, für uns war das ein ganz großer Erfolg. Wir hatten bei der Wahl davor knapp unter 6 Prozent, jetzt waren wir bei 9,9 Prozent. Eine enorme Steigerung, gerade in solch einer ländlichen Struktur, das haben wir noch nie gehabt. Es gab natürlich einen gewissen Trend landesweit, aber darüber sind wir hinausgewachsen. Das führe ich darauf zurück, dass wir in der letzten Periode das Thema Klimaschutz stark vorangetrieben haben, und es uns gelungen ist, dafür Mehrheiten zu bekommen, so dass wir damit landesweit vorne liegen und auch Vorbild für andere Kreise sind.

Gegenwind: Wie sind generell die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag?

Uwe Schwalm: Wir haben ja in der letzten Wahlperiode mit der Jamaika-Nummer angefangen, der Vereinbarung mit CDU und FDP. Das war auch ein Teil des Erfolges für den Klimaschutz. Der Landrat hat uns und mich persönlich dabei auch sehr stark unterstützt, zum Teil weil er inhaltlich dazu steht, zum großen Teil auch, um uns zu motivieren ihn bei der anstehenden Landratswahl zu unterstützen. Das ist mir jetzt im Nachhinein deutlich geworden. Nach der Kommunalwahl gab

es die Debatte, wie es weitergehen soll. Wir haben das in der Fraktion besprochen, die besteht aus fünf Grünen und einem Piraten, der sich uns angeschlossen hat. Wir haben Verhandlungen geführt mit beiden „Blöcken“. Wir waren ja in der Kooperation CDU-FDP-Grüne, und parallel dazu gab es eine enge SPD-SSW-Wählergemeinschafts-Kooperation. Bei uns im Kreistag sind 21 Abgeordnete der CDU und 12 von der SPD. SSW, Wählergemeinschaft und wir waren gleichauf mit fünf Abgeordneten, es gibt noch einen Linken und einen Piraten. Der Pirat ist in unsere Fraktion eingetreten, dadurch wurden wir sechs und hatten immer den dritten Zugriff bei den Ausschüssen. Wir haben Verhandlungen mit beiden Seiten geführt und dann der Kreismitgliederversammlung die Ergebnisse zur Beschlussfassung vorgelegt. Wir sind offen in den Prozess reingegangen, aber die Bewertung der Inhalte der Kooperationsvereinbarungsentwürfe fiel für die Fraktion eindeutig aus. Auch die Mitgliederversammlung hat einstimmig beschlossen, dass wir mit der Jamaika-Zusammenarbeit weitermachen sollen.

Gegenwind: Welche Themen haben bei der Entscheidung den Ausschlag gegeben?

Uwe Schwalm: Unser übergeordneter Themenkomplex ist der Klimaschutz. Wir haben vor, bis 2020 der klimafreundlichste Kreis von ganz Deutschland zu werden. Wir haben natürlich darauf geachtet, dass in der Vereinbarung möglichst viele Punkte dazu drin sind. SPD, SSW und Wäh-

ltergemeinschaft hatten aber ein strategisches Problem: Sie haben im Wahlkampf immer gesagt, sie wären gegen solch eine Kooperation und gegen Absprachen. Deswegen hatten sie als Angebot nur eineinhalb Seiten, sehr unkonkret, auch im Bereich Klimaschutz. Die vergangenen vier Jahre hatten sie auch immer dagegen gearbeitet, gegen Ökostrombezug durch den Kreis zum Beispiel, gegen die Anschaffung von Elektroautos, zum Teil taktisch bedingt, weil sie uns den Erfolg nicht gönnten. Deshalb konnten sie sich auf diese Punkte nicht konkret einlassen, in der jetzt gültigen Vereinbarung haben wir das dagegen ziemlich gut untergebracht. Das war ein wesentlicher Punkt.

Der andere Punkt war unser Erfolg aus der letzten Periode in Bezug auf die Migration. Dort haben wir fortschrittliche Positionen mit der CDU zusammen hingekriegt. Das hätten wir allerdings wohl auch mit der anderen Seite geschafft.

Zu den Themen Soziales und Naturschutz hatten wir im Wahlkampf gesagt, „da geht noch was“. Mich hat ein bisschen gewundert, dass die CDU jetzt für die neue Wahlperiode im Bereich Soziales in der Kooperationsvereinbarung ziemlich weit gegangen ist. Jetzt geht es natürlich um die Umsetzung, Papier ist geduldig. Ende des Monats haben wir eine Klausurtagung der drei Fraktionen, da muss konkretisiert werden, welche Schritte jetzt unternommen werden. Wir erwarten aber einiges. Bei der Migration sind die Chancen noch besser geworden, weil eine ausgewiesene Fachfrau bei der CDU in die Fraktion gekommen ist, die sehr weitgehend auf unserer Linie ist, da werden wir jetzt weiter vorankommen.

Gegenwind: Wie ist generell das Klima im Kreistag? Reden alle mit allen, oder gibt es eine Blockbildung?

Uwe Schwalm: Derzeit ist das Klima absolut beschissen. Das liegt an mehreren Punkten. Die Angriffe auf mich sind sehr massiv, vor allem von der SPD. Die konnten nicht verwinden, dass wir so erfolgreich waren in den letzten Jahren. Besonders wehgetan hat ihnen, dass der Landrat das so unterstützt hat, denn der Landrat ist ja eigentlich von denen gewählt worden. Jetzt ist ein totaler Flashback eingetreten. Wir hatten jetzt zur Neuwahl einen anderen Kandidaten aufgestellt. Trotz unserer Mehrheit von

29 zu 23 wurde er nicht gewählt, weil in der CDU-Fraktion einige offen, einige verdeckt den Kandidaten unserer Kooperation nicht mitgewählt haben. Sie kennen den Landrat Dieter Harrsen seit langem gut und sind mit seiner Arbeit zufrieden. Dadurch gab es die Stimmgleichheit im Kreistag und die Losentscheidung, die Dieter Harrsen gewonnen hat. Jetzt gibt es in unserem Bündnis natürlich auch einige Irritationen und wir achten in der nächsten Zeit verstärkt darauf, ob das bei den inhaltlichen Punkten auch so sein wird, was aber derzeit nicht der Fall zu sein scheint. Aber bei der Personalie und sehr vielem, was mit dem Landrat direkt zu tun hat, ist es derzeit nicht ganz einfach, innerhalb der Kooperation eine einheitliche Haltung hinzukriegen. Die andere Seite – so nenne ich sie noch mal, obwohl wir gerade verstärkt wieder am Frontenabbau arbeiten – sorgt massiv dafür, dass die sichtbare grüne Kompetenz bei Klimaschutz und Energiewende gelöscht wird, und der Landrat geht da jetzt mit. Mich ignoriert er, und mit den Grünen, auf die er früher zugegangen ist, pflegt er kaum noch den Kontakt. Die blocken jetzt alles ab, was von unserer Seite kommt.

Wir hatten jetzt allerdings bei den letzten Haushaltsberatungen wieder ein paar hoffnungsvolle Annäherungstendenzen, weil wir da den in Bezug auf das FAG (Finanzausgleichsgesetz) „gemeinsamen Feind“ Landesregierung aus SPD, SSW und Grünen angegangen sind. Wir haben jetzt einen gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen gegen die geplanten Änderungen beim FAG gefasst, und wir haben auch den Haushalt gemeinsam beschlossen. Ein bisschen ist also zu sehen, dass man da wieder zusammen kommt. Wir haben Interesse daran, bei uns auch besonders der Pirat, dass die zwischenmenschlichen Animositäten wieder zurückgefahren werden. Ich ziehe mich deswegen als begehrte Zielscheibe etwas zurück, die neuen Fraktionsmitglieder machen mehr, und dann geht das wahrscheinlich leichter wieder zusammen.

Gegenwind: Was sind aus grüner Sicht die wichtigsten Erfolge im neuen Haushalt?

Uwe Schwalm: Ich weiß nicht, ob man von Erfolgen sprechen kann. Wir stehen ja mit dem Rücken zur Wand, und zwar aufgrund der FAG-Diskussion. Wir hatten es hingekriegt, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt hatten, der stand kurz vor der Verab-

schiedung. Dann kamen zusätzlich zur FAG-Debatte noch zwei konkrete kurzfristige Änderungen von Landesseite in der Sozialgesetzgebung. Wir haben da plötzlich 1,8 Millionen Euro verloren, und jetzt sind wir wieder mit ca. 400.000 Euro im Minus. Das ist vielleicht nicht so wichtig, denn durch das neue FAG sollen wir acht bis neun Millionen Euro verlieren. Und dann ist entweder eine Arbeit nicht mehr möglich oder wir müssen uns das Geld wieder holen über die Kreisumlage, und dann sind auch die FAG-Gewinne für die Gemeinden wieder weg. Das ist das Damokles-Schwert, das über uns hängt, und da richten wir uns gerade gemeinsam aus. Die kleinen Erfolge, die dazu geführt haben, dass wir in die Nähe der schwarzen Null gekommen sind, verblassen im Moment.

Gegenwind: Was sind denn die wichtigsten grünen Projekte für die nächsten ein oder zwei Jahre?

Uwe Schwalm: Das kommt ein bisschen zu früh, weil wir im Februar unsere grüne Klausurtagung haben, davor ist die gemeinsame Klausur in der Jamaika-Zusammenarbeit. Aus meiner persönlichen Sicht ist nach wie vor der Klimaschutz unser zentrales Ding. Dass wir mit der CDU die Mehrheit damals dafür hinkriegten, lag auch daran, dass die dachten: Wir haben hier so viele Windräder, da müssen wir gar nicht mehr viel machen, das läuft von alleine, da können wir zustimmen. So fing es an. Wir haben dann gesagt, der Wind läuft von alleine, wir müssen in Bezug auf die Energie-Einsparung und die Effizienz etwas regeln. In dem Sinne wurden dann die Schwerpunkte entwickelt. Das ist einmal der Gebäude-Bereich, Einsparungen bei der Heizenergie. Das hängt neben den Dämmungsstandards u. a. damit zusammen, dass wir im Kreis viele Einzelhäuser haben mit vielen Außenwänden. Der zweite Bereich ist die Mobilität, das ist ganz schwierig, weil das bei den demographischen Gegebenheiten kaum zu bezahlen ist. Vor zwei Jahren haben wir Grünen ein Mobilitätskonzept beantragt, hatten Glück, dass das Bundesministerium für Verkehr und Bau auch Interesse an so einer Studie hatte und die Finanzierung übernahm. Jetzt steht die Umsetzung an. Es beginnt in Pilotregionen, eine hier in Garding und Umgebung, eine in der Mitte und eine im Norden des Kreises. Das Konzept sieht Kernlinien für Bus und Bahn vor, dann soll es alternative Zubringer geben wie Bürgerbus, aber auch Pedelecs oder persön-



liche Mitnahme durch die, die mit dem Auto fahren. Der schwerste Punkt sind dabei die Kooperationsräume: Die Gemeinden sollen sich abstimmen, wo sie noch ihre Ärzte, Bäcker, Post haben wollen, das geht nicht mehr in jedem Dorf. Das zu zentralisieren soll angegangen werden. Ob ich das noch erlebe, weiß ich nicht. Gemeindefübergreifende Zusammenarbeit ist in weiten Teilen Nordfrieslands noch nicht so der Renner. Aber das ist der Weg, den wir jetzt einschlagen wollen, womit man dann auch den ÖPNV bzw. die Mobilität in der Fläche hoffentlich zumindest stabilisieren könnte.

Wir haben dann noch ein spezielles aktuelles grünes Ziel in Bezug auf den ÖPNV – dazu haben wir auch einen Kreistagsbeschluss hingekriegt – wir wollen nämlich den ÖPNV für die TouristInnen attraktiver machen. Es gibt Regionen, in denen Touristen kostenfrei mitfahren. Ob das hier bei uns möglich ist, kann ich noch nicht beurteilen. Aber wir haben eine Info-reise mit Politik, Verwaltung, Tourismusverbänden und Verkehrsbetrieben beantragt, um uns die Modelle in Ostfriesland, den Urlauberbus für einen

Euro für Touristen anzusehen, dann im Schwarzwald die Konus-Karte, wo Touristen kostenlos über die Tourismus-Abgabe fahren können. Das können wir wahrscheinlich nicht eins zu eins übernehmen, aber die dortigen Erfahrungen können wir sicher bei uns mit einspeisen.

Gegenwind: Gibt es auch negative Punkte? Welche Kröten müssen die Grünen schlucken, wenn sie mit CDU und FDP in der Kooperation sind?

Uwe Schwalm: Klar, das ist so. In einer Kooperation muss man Kröten schlucken und sich freuen über das, was man durchkriegt. Von der Summe her haben wir weitaus mehr Erfolge als Kröten, die wir schlucken mussten. Das rechtfertigt das Modell für uns.

Zwei Punkte zu den Kröten, die sich aber hinterher etwas anders entwickelt haben. Erstens: Die Verträge bei der Abfall-Entsorgung waren ausgelaufen. Da ging es nun um Ausschreibung oder Rekommunalisierung. Das war ein harter Punkt, wo die SPD intensiv für die Rekommunalisierung geworben hat, das war für mich so 'ne typische 48- zu 52-Entscheidung, wobei bei mir die Rekommunalisierung ein bisschen sinnvoller erschien. Der hiesige Geschäftsführer hielt beides für denkbar, aber der Schritt zur Rekommunalisierung hätte Vorteile. Wir haben es nicht gemacht, sondern gemeinsam mit der CDU wieder für Ausschreibung gestimmt, europaweit. Dieser Geschäftsführer hat es dann aber geschafft, die Verträge so gut hinzukriegen, dass die Dumpinglohngefahr gebannt werden konnte und die SPD ziemlich schnell ziemlich leise wurde. Zum ersten Mal bundesweit haben wir eine so raffinierte Ausschreibung gemacht. Ein zentrales Argument war, dass wir so ein weitläufiger Kreis sind, dass man keine häufig wechselnden Zeitarbeiter einsetzen kann, weil die die Orte gar nicht finden. So hat er einen Lohn von im Schnitt 11 Euro durchgesetzt. Niemand hat dagegen geklagt und dadurch war die Sache perfekt. Zu Beginn war das eine Kröte, am Ende nicht mehr.

Die zweite Sache war die Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung. Wir hatten da ja eine CDU-FDP-Landesregierung, und unsere Kooperationspartner wollten denen natürlich nix

Böses. In Kiel wurde die Elternbeteiligung beschlossen, die Kreise sollten sie eintreiben. SPD/SSW und Wählergemeinschaft wollten sich weigern, das Gesetz umzusetzen. Für mich eigentlich sehr sympathisch, erinnerte mich angenehm an meine Studentzeit und meine damaligen KBW-Aktivitäten in Kiel. Sie wollten das Gesetz einfach brechen. Ich bin dann aber doch ziemlich schnell zur Vernunft gekommen und wir haben uns zur Gesetzesachtung entschlossen, also die Elternbeteiligung einzuziehen, aber uns dafür stark zu machen, dass die neue Landesregierung nach der Wahl das Gesetz wieder einzieht. Das war für uns eine schwere Entscheidung, wir mussten als Grüne vor die Eltern treten, und ich als Lehrer hab da einiges von den Eltern zu hören gekriegt. Das war eine harte Nummer, aber auch da hat sich das Blatt am Ende zum Guten gewendet: Es kam die neue Regierung und die hat dann wie gehofft das Gesetz zurückgezogen.

Also so richtige Kröten, bei denen wir uns wirklich verbogen haben, gab es nicht.

Die CDU-Fraktion hier ist auch eine ziemlich junge Truppe, deren Fraktionsvorsitzender ist halb so alt wie ich, er ist Bauer und ich bin Lehrer und es läuft hervorragend, da sind die atmosphärischen Dinge, die früher zwischen CDU und Grünen standen, eher zur SPD gewandert. Und auch programmatisch, besonders in Bezug auf Klimaschutz und Energiewende, sind die Verhältnisse verblüffend eindeutig.

Gegenwind: Vielen Dank.

Kerstin Hansen und Peter Mohrfeldt, grüne Kreistagsfraktion in Dithmarschen

Gegenwind: Wie war das Wahlergebnis der Kommunalwahl? Wart Ihr zufrieden?

Kerstin Hansen: Wir sind sehr zufrieden mit dem Ergebnis. Wir hatten vorher zwei Abgeordnete, wir konnten das verdoppeln und sind jetzt vier. Wir waren während des Wahlabends im Kreistag und lagen zwischendurch mal bei 12, 13 Prozent, das war sehr schön, das hat sich dann auf 8,3 Prozent korrigiert. Wir sind die viertstärkste Fraktion, nach CDU, SPD und UWD, der Unabhängigen Wählergemeinschaft Dithmarschen. Es folgt die FDP, die Linken und die Piraten.

Gegenwind: Wie sind die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag? Gibt es feste Mehrheiten oder wechselnde Mehrheiten?

Peter Mohrfeldt: Man kann sagen, dass es wechselnde Mehrheiten gibt. Es gibt keine festgeschmolzenen Blöcke. In der Regel ist es so, dass eine relativ gute Diskussion stattfindet. Und die Beschlüsse, die hier auf Kreisebene zustande kommen, haben oft eine ganz große Mehrheit. Es gibt hier bisher keine richtige Konfrontation, wir haben aber auch noch keine schwierigen Probleme auf dem Tisch gehabt. Das wird erst in Zukunft kommen. Andeutungsweise gab es das schon zum Thema Schulen. Aber wir werden noch in die Phase kommen, wenn es zum Beispiel um Haushaltsberatungen geht, da werden wir sondieren müssen, wie die Verhältnisse dann sind. Wir bekommen noch Themen wie den ÖPNV, das wird demnächst beraten, da wird es noch viel Diskussionsstoff geben. Es wird Debatten geben, bei denen die Mehrheiten hin und wieder wechseln, aber bis jetzt ist es zumindest so, dass alle miteinander reden können. Das finde ich ganz gut.

Kerstin Hansen: Die Mehrheiten sind deutlich, wenn sie denn wollen, bei CDU und FDP. Es gelingt ziemlich gut, dass vieles bereits in den Ausschüssen schon gut vordebattiert wird. Im Kreistag gibt es dann oftmals einmütige Entscheidungen. Wenn es Probleme oder Zwickigkeiten gibt, werden die im Ausschuss klar miteinander besprochen.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zum Landrat und zur Verwaltung? Arbeiten die mit der Selbstverwaltung zusammen?

Kerstin Hansen: Mein Resümee nach jetzt sechs Monaten: Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung gelingt ziemlich gut, das gilt ebenso für die Zusammenarbeit mit dem Landrat. Ich erlebe die Verwaltung als transparent, sie kommt auf die Politik zu und arbeitet ihr auch gut zu. Dass die Verwaltung eigene Interessen verfolgt, finde ich nachvollziehbar, die Politik kann und muss damit umgehen.

Gegenwind: Was sind die wichtigsten Themen aus grüner Sicht?

Kerstin Hansen: Wenn ich die ganze Wahlperiode betrachte, ist es das übergreifende Thema des demografischen Wandels. In Dithmarschen ist das schon deutlich zu spüren, kleinere Grundschulen wurden schon geschlossen, bei den weiterführenden Schulen wird bereits diskutiert. Der demografische Wandel muss Auswirkungen auf die Schulpolitik und auf die Entscheidungen bezüglich der Mobilität haben. Wenn die Schulbusse, und das ist bei uns der wesentliche ÖPNV, nicht mehr fahren, funktioniert es nicht mehr. Der ÖPNV darf, so unsere Forderung, nicht nur aus Schulbussen bestehen, sondern muss ausgeweitet werden, dass alle Menschen mobil bleiben, auch wenn sie keine eigenen Fahrzeuge benutzen können oder wollen. Das hat Auswirkungen auf die Möglichkeiten, am Leben hier teilzunehmen, auch darauf, seine Arbeit zu behalten. Die Arbeitsplätze zentrieren sich hier an bestimmten Orten, und wenn Menschen kein eigenes Auto haben, haben sie ein Riesenproblem.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Entwicklung ist die Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten in der Fläche.

Peter Mohrfeldt: Es wird ja an vielen Stellen über den demografischen Wandel gesprochen. Und es wird beklagt, dass der ländliche Raum sich immer mehr entvölkert. Es ist ganz wichtig, dem etwas entgegenzusetzen. Denn wir können nicht hinnehmen, dass der ländliche Raum tatsächlich entvölkert wird, Dörfer leer stehen und Gebäude nicht mehr zu veräußern sind, die Situation haben wir hier zum Teil schon. Wir brauchen dringend eine andere Sicht auf die Bevöl-

kerungslandschaft. Und wir brauchen dringend eine Diskussion darüber, wie man den ländlichen Raum und nicht einzelne Dörfer besser gestaltet. Wir müssen Strukturen entwickeln, dass ländlicher Raum lebenswert bleibt. Das wird eine zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre.

Kerstin Hansen: Für uns ist ein weiterer zentraler Punkt die Energiewende. Es gibt immer mehr Windkraftanlagen, neue Stromtrassen müssen gebaut werden. Das muss transparent gestaltet werden, in der Fläche diskutiert werden. Desweiteren ist der Rückbau des Atomkraftwerks kritisch zu begleiten.

Gegenwind: Gibt es von den Grünen konkrete Projekte und Forderungen? Steht in Aussicht, davon etwas durchzusetzen?

Kerstin Hansen: Aus meiner Sicht sind wir da in einem Prozess. Wir als Fraktion haben uns zu einer Klausur zusammen gefunden, haben uns geeinigt, was wir vorwärts bringen wollen, und haben jetzt angefangen, Strategien zu entwickeln. Wir sind aber noch nicht auf der Ebene des Kreistags angekommen, haben noch keine konkreten Anträge formuliert. Es gab bisher nur kleinere Anträge von uns, die zum Teil unterstützt wurden. Es ist nicht so, dass es per se abgelehnt wird, weil es von uns kommt. Fundierte und für Dithmarschen sinnvolle Anträge werden auch eine Mehrheit finden.

Peter Mohrfeldt: Am Beispiel des ÖPNV: Wir haben bisher die Situation, dass wir einen ÖPNV haben, der in erster Linie auf SchülerInnen-Verkehr ausgerichtet ist. Und das hat natürlich zur Folge, dass in den kleineren Dör-



„Das wichtigste Thema ist der demografische Wandel“

fern fast nichts mehr stattfindet. Dieser Umstand ist im jetzt ausgearbeiteten regionalen Verkehrsplan nicht verändert. Wir haben im Ausschuss einmal darüber gesprochen, ich habe angemerkt, dass das ein Defizit ist, und es gab auch andere Fürsprecher für die Idee, den ÖPNV attraktiver zu gestalten. Wir werden unter dem Vorbehalt, dass es finanzierbar bleibt, Vorschläge machen, wie man auch Dörfer anbindet. Es gibt sehr wohl andere Landkreise in Deutschland, die das gut gelöst haben, da kann man sich was abgucken und muss es nicht neu erfinden. Aber wichtig ist einfach, die Fläche nicht zu vergessen. Es gibt auch die Vorschläge, dass die Menschen sich auf die größeren Orte konzentrieren sollen. Aber das ist keine Lösung, man kann das nicht leerfegen und sagen, zieht mal alle nach Heide, Meldorf und Brunsbüttel. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Menschen hier ein lebenswertes

Umfeld haben, mobil sind, einen Arztbesuch machen können, ins Kino gehen können usw., das muss alles möglich sein, das gehört zur Lebensqualität dazu. Das wollen wir hier sichern und erhalten.

Kerstin Hansen: Wichtig ist uns auch die Frauenpolitik. Vor zwei Jahren wurde hier die Stelle der Kreisgleichstellungsbeauftragten auf eine halbe Stelle gekürzt, dazu haben wir uns klar positioniert, auch seinerzeit schon. Auch wenn wir Konsolidierungskreis sind, muss es dazu weitere Diskussionen geben.

Gegenwind: Wie ist generell die Stimmung zum Thema Energiewende im Kreistag? Dithmarschen gehört zu den Kreisen, die davon profitieren. Merkt man das an den Mehrheiten?

Kerstin Hansen: Ja, die Energiewende wird hier mitgetragen, ebenso der erforderliche Ausbau der Stromtrassen. Es wurden auch die Argumente der Initiativen gegen den Ausbau weiterer Windeignungsflächen und den Ausbau der Trassen diskutiert und berücksichtigt. Im Kreistag bestand weitestgehend Einigkeit, dass die Energiewende mit getragen werden soll. Mein Eindruck ist auch, dass die Bevölkerung insgesamt dahinter steht.

Gegenwind: Wie ist Eure Position zur Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes?

Peter Mohrfeldt: Wir haben bisher noch nicht im Detail Kenntnis darüber erhalten, wie sich das auswirken würde. Es gibt Berichte, dies und das, aber wir haben von der Verwaltung noch keine Übersicht, wie die Auswirkungen konkret sind. Wir sind da noch ein bisschen zurückhaltend in der Beurteilung, es gibt Leute, die es eher positiv finden, wirklich wissen tun wir das noch nicht. Wir werden im Rahmen der Haushaltsberatungen näher auf das Thema eingehen und dann auch eine Beurteilung dazu abgeben.

Kerstin Hansen: Wir haben das im Hauptausschuss bereits kurz diskutiert und den Sachstand zur Kenntnis genommen. Um eine abschließende Bewertung vorzunehmen, müssen die Diskussionen im Landkreistag und Städtetag abgewartet werden.

Gegenwind: Wie wichtig ist das Thema Fracking für Euch?

Peter Mohrfeldt: Es gibt ein Gebiet Ostrohe. Das betrifft nicht nur Dithmarschen, das geht auch in die Nachbarkreise. Das Gebiet ist von einer kanadischen Firma als Aufsuchgebiet auserkoren. Es wurden Anträge beim Bergbauamt gestellt, derzeit haben sie die Berechtigung, eine Sondierung vorzunehmen, aber keine Bohrungen und schon gar nicht anzufangen mit dem Fracking. Im Moment ist es so, dass alle das Fracking nur aus den USA kennen, alle kennen die negativen Begleiterscheinungen, die damit verbunden sind. Hier hat sich der Kreistag schon 2012 einhellig dagegen ausgesprochen, dass es stattfindet. Mittlerweile ist es Thema auf Landesebene und auf Bundesebene, auf allen Ebenen wird es diskutiert. Es gibt eine ablehnende Haltung, unklar ist, wie tatsächlich die rechtliche Bewertung dessen ist. Es gibt einen Antrag im Bundesrat, eine Positionierung gegen das Fracking, der ist noch nicht beraten und nicht entschieden. Aber es muss eine Gesetzesänderung geben, dass man das Fracking tatsächlich komplett unterbindet. Bislang ist das Recht dehnbar, und es gibt die Befürchtung, dass es trotzdem zu einer Ausbeutung dieser Gasvorkommen kommen kann. Wir versuchen im Kreis zu mobilisieren, damit die Bevölkerung informiert ist und sich dagegen aussprechen kann. Wir haben am 27. Januar dazu eine Veranstaltung, an der auch Robert Habeck teilnehmen wird.

Kerstin Hansen: Es waren sich alle Fraktionen einig, daher gibt es einen Beschluss des Kreistages den Einsatz der Fracking-Technologie abzulehnen. Bisher wurde lediglich eine Aufsuchungserlaubnis erteilt, die nicht das Recht auf tatsächliche Aufsuchungshandlungen beinhaltet. Auch das betroffene Ministerium teilt diese Einschätzung. Dennoch besteht in der Bevölkerung und bei der Initiative gegen Fracking weiterhin Verunsicherung und die Befürchtung, dass diese Genehmigung weitere Genehmigungen zur Folge hat. Deshalb freut mich diese öffentliche Veranstaltung zu dem Thema, initiiert vom Kreis unter Beteiligung des Ministeriums.

Peter Mohrfeldt: Zu den Dörfern und dem ländlichen Raum möchte ich noch auf eines hinweisen. Mir ist wichtig zu betonen, dass diese weit verbreitete Projekt-Kultur falsch ist.

Ständig fließen irgendwelche Gelder, die projektgebunden sind, für Bildungsaufträge oder Wirtschaftsförderung. Es gibt Projektmittel der EU, vom Bund und vom Land. Hier vor Ort führen sie dazu, dass immer kurzfristig an einer Sache gearbeitet wird, dann läuft das Projekt aus, die gesammelten Kenntnisse verschwinden, und nichts ist präsent. Es findet keine nachhaltige Problembehandlung statt. Wir brauchen, wenn wir den ländlichen Raum entwickeln wollen, eine dauerhafte Strukturhilfe. Auf höherer politischer Ebene drückt man sich davor, deshalb diese Projektfinanzierung. Das ist der falsche Weg.

Kerstin Hansen: Und zur Schulpolitik möchte ich ergänzen, dass es hier viele engagierte Eltern, Lehrkräfte und Initiativen gibt, wie z.B. das Netzwerk für kleine Dorfschulen. Ein von uns auf dem Landesparteitag eingebrachter Antrag u.a., für flexiblere Lösungen für kleinere Schulen, ist letztendlich in die Koalitionsvereinbarungen mit eingeflossen und wird im neuen Schulgesetz Berücksichtigung finden. Das Dithmarscher Netzwerk kleiner Dorfschulen ist zu einem Schleswig-Holstein-weiten Netzwerk geworden und findet immer mehr politisches Gehör. Ich finde es beeindruckend, wie die Eltern, Gemeindevertreter, Lehrkräfte die Kraft dazu finden, alle einbinden und was auf diesem Weg wachsen kann. Wir wollen uns weiter aktiv daran beteiligen und wollen das unterstützen, was hier aus der Region kommt. Weitere ausschließlich an SchülerInnenzahlen orientierte Schulschließungen müssen verhindert werden, gute Standorte gestärkt werden, bestehende Strukturen Berücksichtigung finden. Diese Art von Bürgerbeteiligung würde ich als Grüne gerne häufiger miterleben.

Gegenwind: Vielen Dank!

Heinrich Voß und Inken Carstensen-Herold, grüne Kreistagsfraktion in Steinburg

Gegenwind: Wie war das Ergebnis der Kommunalwahl? Seid Ihr mit dem Ergebnis zufrieden?

Heinrich Voß: Das Ergebnis war für Steinburger Verhältnisse sehr gut; bei gleicher Wahlbeteiligung erhielten wir 1000 Stimmen mehr als bei der letzten Kommunalwahl. Obwohl der Kreistag von 52 auf 45 Sitze verkleinert wurde, sind wir auch weiterhin mit 5 Abgeordneten vertreten. Wir haben einen Ausschuss-Vorsitz und zum ersten Mal einen Vertreter im Landkreistag. Wir können also sehr zufrieden sein.

Gegenwind: Wie sind generell die Mehrheiten im Kreistag? Gibt es feste Mehrheiten oder wechselt das?

Heinrich Voß: Im Kreistag sitzen 18 Abgeordnete der CDU, 12 der SPD, dann kommen wir als drittstärkste Kraft. Die FDP erzielte drei Mandate. Die Piraten erhielten bei der Wahl lediglich ein Mandat, konnten aber bis zur ersten Kreistagssitzung zwei SPD-Abgeordnete „kapern“. Es gibt die Bürgerliste Steinburg mit zwei Mandaten. Die Freien Wähler stellen ebenso wie die WIST je einen Abgeordneten. Es bestehen bei uns keine festen Mehrheiten, sondern die Mehrheiten entwickeln sich häufig anhand der jeweiligen Themen, wobei grundsätzlich und größtenteils von einer strukturell konservativen Mehrheit ausgegangen werden muss. Aber wir haben einen Kreistag ohne erkennbar langfristige Bündnisse beziehungsweise Koalitionen.

Gegenwind: Wie ist das Klima im Kreistag? Reden alle mit allen?

Inken Carstensen-Herold: Das Klima im Kreistag ist grundsätzlich gut. Es reden tatsächlich alle mit allen.

Heinrich Voß: Es gibt eine Steinburger Besonderheit: Die Linke ist mit einer Vertreterin im Kreistag vertreten, aber die Abgeordnete arbeitet in der SPD-Fraktion mit.

Gegenwind: Kann man sagen, dass Ihr mit allen anderen Fraktionen sprechen könnt, wenn Ihr etwas plant?

Inken Carstensen-Herold: Ja, das kann man so sagen.

Gegenwind: Mit welchen Fraktionen arbeitet Ihr öfter oder leichter zusammen? Mit welchen ist es schwieriger?

Inken Carstensen-Herold: Gerade im sozialen Bereich arbeiten wir besonders gut mit der SPD zusammen.

Heinrich Voß: Auch mit großen Teilen der CDU kann man alles besprechen. Mit den kleineren Fraktionen finden aber auch regelmäßig Gespräche statt, das Klima ist sachlich und konstruktiv.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zum Landrat und zur Verwaltung?

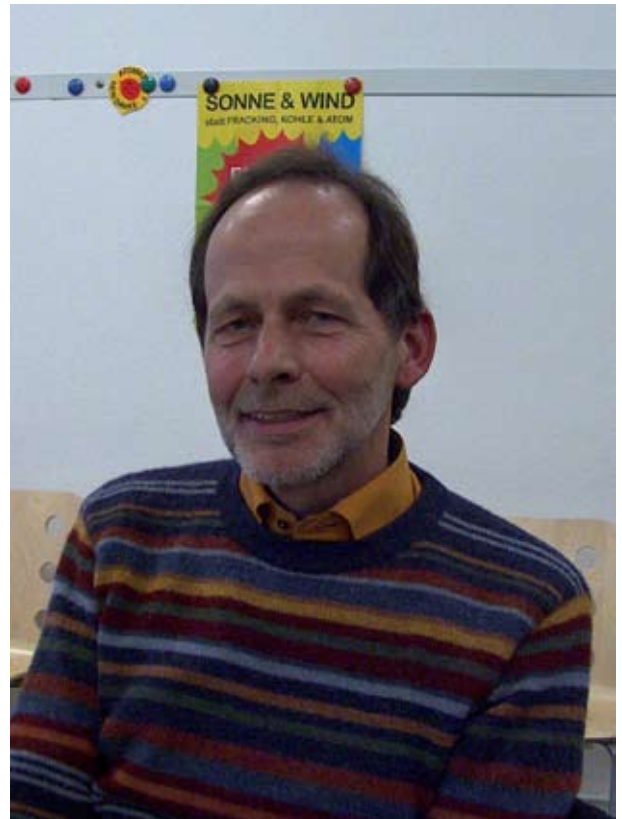
Inken Carstensen-Herold: Wir haben ja eine Steinburger Besonderheit, einen relativ neu gewählten Landrat, weil wir den Vorgänger abgewählt haben. Und mit diesem neuen Landrat kommen bisher alle klar. Er bemüht sich um Offenheit und ein gutes Gesprächsklima.

Heinrich Voß: Der Landrat hat schon den Anspruch, selbst der Ansprechpartner für die Verwaltung zu sein. Aber nicht so, dass er das sehr rigide sieht. Der Vorgänger war da sehr viel schwieriger.

Gegenwind: Was sind die wichtigsten grünen Themen im Kreis?

Heinrich Voß: Umweltthemen sind weiterhin primär grüne Themen. Historisch bedingt ist sicherlich die Energiewende das wichtigste Umweltthema bei uns. Denn die Grünen sind hier im Kreis, wenn man sich an die Grüne Liste Unabhängiger Wähler erinnert, rund um die Auseinandersetzungen um Brokdorf entstanden, das sind unsere Wurzeln. Wir weisen immer wieder auf das Gefahrenpotential, das sich auch nach Fukushima noch immer im Betrieb befindlichen Atomkraftwerks hin, gerade, weil dieses im öffentlichen Bewusstsein kaum noch wahrgenommen wird. Wir diskutieren hier auch über den Atommüll, für den es weiterhin kein Endlager gibt. Und als die Diskussion um das Fracking begann, haben wir das Thema besetzt und einen Antrag eingebracht, schon bevor konkret das Kreisgebiet betroffen war. Der Antrag gegen Fracking ist so durchgegangen, ein einstimmiges Ergebnis. In der Kreispolitik sind wir mit unserem

KOMMUNAL



„Unsere Stärke ist es, Themen zu besetzen“

grünen Umweltausschussvorsitzenden Dr. Jürgen Ruge gut aufgestellt.

Dann liegt ein großes Themenspektrum im sozialen Bereich. Da ist zum Beispiel aktuell die Drogenberatung, die auch und vor allem mit unserer Unterstützung endlich verstärkt vom Kreis gefördert wird. Und dann geht es auch um den Erhalt von Stellen für die

Suchtprävention und die ausreichende und angemessene Gesundheitsvorsorge im Gesundheitsamt.

Inken Carstensen-Herold: Zu den Themen, die mit Prävention zu tun haben, gehören auch die Schulen und die Schulsozialarbeit, um die wir uns besonders kümmern. Dann geht es um die Inklusion im Bereich der Schulen, der Kitas sowie der öffentlichen Einrichtungen, das muss noch strukturell verstärkt und ausgebaut werden. Ein großes Anliegen ist uns auch eine passgenaue Sozialraumgestaltung.

Gegenwind: Habt Ihr den Eindruck, dass ihr auch konkret zum Beispiel bei Haushaltsberatungen grüne Vorstellungen durchsetzen könnt? Nützt Euch die Situation, dass weder CDU noch SPD eine Mehrheit haben?

Heinrich Voß: Ja, zum Beispiel den Erfolg mit dem Stellenerhalt im Gesundheitsamt können wir auf unsere Fahnen schreiben.

Inken Carstensen-Herold: Unsere Stärke ist es, Defizite zu benennen, Themen zu besetzen, sie langfristig zu



verfolgen und erfolgreich umzusetzen. Zum Beispiel die Einrichtung der Gewaltopfer-Beratungsstelle im letzten Jahr, die in Steinburg längst überfällig war, ist eine grüne Idee, für die wir uns jahrelang eingesetzt haben. Das waren lange und harte Kämpfe.

Heinrich Voß: Da hat sich unser grüner Abgeordneter Carol Breiling in der letzten Wahlperiode stark reingehängt. Wichtig ist uns immer die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen. Von dort erhalten wir sehr viele Anregungen und Informationen.

Inken Carstensen-Herold: Ich komme aus der Frauenbewegung. Wir haben hier ein sehr aktives Frauennetzwerk und ein kommunalpolitisches Frauennetzwerk. Die geben uns wichtige Impulse und wir unterstützen sie gerne. Da können wir uns gegenseitig drauf verlassen.

Gegenwind: Könnt Ihr noch weitere Themen aus dem Kreis nennen?

Heinrich Voß: Bei der Diskussion über die A20 stehen wir mit unserer Position alleine da, also ein Alleinstellungsmerkmal. Im Kreistag sind wir die einzigen, die gegen den Weiterbau der A20 jenseits der A7 votieren. Da die Finanzierung vor allem des Elbtunnels bei der Planung völlig ungeklärt ist, wird das Projekt an den finanziellen Herausforderungen scheitern. Aber die A20 ist hier die Grundlage für alle Konzepte, das ist natürlich unrealistisch. Das kritisieren wir kontinuierlich.

Inken Carstensen-Herold: Es ist bei uns ein heißes Thema, weil die A20 hier von den Wirtschaftsverbänden vehement gefordert wird. Und wir sind strikt dagegen.

Heinrich Voß: Der Hamburger Elbtunnel wird durch die geplante Trasse nicht entlastet. Dafür ist die geplante Linienführung zu weit weg. Man hat ja bewusst diese Trasse durch Steinburg gewählt, weil hier weniger Menschen leben und damit weniger Widerstand zu erwarten ist.

Inken Carstensen-Herold: Wir unterstützen Maßnahmen, die die Wirtschaft fördern, wir unterstützen zum Beispiel wissenschaftliche Studien zur Errichtung eines Wissenschaftszentrums, das die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien voranbrin-

gen will. Wir unterstützen das IZET hier in Itzehoe. Wir unterstützen auch die Schwerlastpier, die im Hafen von Brunsbüttel gebaut werden soll, damit von dort Offshore-Anlagen für die Erneuerbare Energien verschifft werden können.

Heinrich Voß: Wir erhoffen uns damit die Ansiedlung von Firmen, die Anlagenteile für die Erneuerbaren Offshore Industrie herstellen. Ein Punkt ist für uns auch der Erhalt eines guten Bahnanschlusses für Glückstadt. Der Flaschenhals für die Bahnverbindung Hamburg - Kiel und Hamburg - Westküste ist der nur zweigleisige Abschnitt Hamburg - Elmshorn. Dadurch, dass Hamburg und Kiel jetzt im Halbstundentakt über die Bahn verbunden werden, fällt die Westküste hinten runter. Das wird besonders deutlich in Glückstadt, weil dort die Halts der Bahn erheblich reduziert werden sollen. Glückstadt ist auf eine gute Verbindung angewiesen, weil viele Menschen in Hamburg arbeiten und diese Verbindung nutzen. Da Elektroloks deutlich besser beschleunigen als Dieselloks, könnten jetzt schon mehr Züge in Glückstadt halten, wenn die Westküstenbahn elektrifiziert wäre. Die Planungen hierfür werden aber nachrangig behandelt. Das gilt auch für den dreispurigen Ausbau der Bahntrasse Elmshorn - Hamburg. Alle Mobilitätsstrategien werden auf die A20 projiziert, statt die Verkehrsverbindungen, die vorhanden sind, zu nutzen und auszubauen.

Inken Carstensen-Herold: Die Fährverbindungen könnte man auch besser ausbauen.

Heinrich Voß: Ja, die Firma, die die Verbindung Glückstadt - Wischhafen betreibt, investiert aus verständlichen Gründen nicht. Die könnten einen größeren Anleger bauen, das machen sie nicht, weil man ihnen sagt, dass bald die A20 kommt. Wenn man ihnen sagen würde, der neue Elbtunnel wird frühestens in 30 Jahren eröffnet, würden sie investieren. Man könnte eine Verbindung Brunsbüttel - Cuxhaven in Gang bringen, in Brunsbüttel und Cuxhaven sind Anleger vorhanden, eine Wiederaufnahme der Fährverbindung wird auf vielen Ebenen diskutiert. Wir werden auch bei diesen Themen am Ball bleiben.

Gegenwind: Vielen Dank!

**Thomas Giese,
Fraktionsvorsitzender
der Grünen im Kreistag
Pinneberg**

Gegenwind: Wie war das Ergebnis der Kommunalwahl? Bist Du damit zufrieden?

Thomas Giese: Das Wahlergebnis war gut für uns. Die Zeitungen hatten vorher alle Fraktionsvorsitzenden angefragt, die einen Tipp abgeben sollten. Ich war sehr nahe dran am Ergebnis. Wir haben insgesamt zulegen können und jetzt einen Sitz mehr, obwohl der Kreistag insgesamt kleiner geworden ist. Mit nunmehr insgesamt 8 Mandaten im Kreistag sind wir gut aufgestellt.

Gegenwind: Wie sind generell die Mehrheiten im Kreistag? Gibt es feste oder wechselnde Mehrheiten?

Thomas Giese: Die Mehrheiten beginnen sich neu zu sortieren, es gibt jetzt wechselnde Mehrheiten. Im Kreistag gab es vorher eine feste Zusammenarbeit zwischen CDU und FDP. Die gibt es nicht mehr, weil die keine Mehrheit mehr im Kreistag haben. Wir haben drei einzelne Abgeordnete, wobei sich zwei zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, Linke und Piraten, dazu gibt es einen von der Kreiswählergemeinschaft. Die ursprünglichen Blöcke, CDU-FDP und Grüne-SPD haben gleich viele Sitze insgesamt und auch keine eigene Mehrheit, so dass also, das ist auch schon passiert, es wechselnde Mehrheiten gibt. Wir Grüne haben den Nachtragshaushalt mit der SPD und der FDP zusammen abgestimmt, aber wir haben auch einige Abstimmungen gehabt, die Grüne und SPD mit Piraten und Linken oder Grüne und CDU zusammen durchgebracht haben.

Gegenwind: Wie ist insgesamt das Klima im Kreistag? Können alle mit allen reden? Reden auch alle mit allen? Oder gibt es bei den Gesprächen Bevorzugungen?

Thomas Giese: Es gibt schon Bevorzugungen, das liegt an Personen. Ich würde sagen, es liegt nicht an einzelnen Parteien. Die SPD und die CDU können nicht so gut miteinander, wir jedoch führen Gespräche mit allen Fraktionen. Das haben wir aber schon in der letzten Wahlperiode praktiziert. Das zahlt sich jetzt aus, wir haben gute Kontakte zu allen. Wir haben auch kei-

ne Berührungspunkte. Natürlich müssen die Inhalte stimmen, über die geredet wird. Da gibt es Vorbehalte: Immer wenn es um Straßenbau geht, gibt es festgefahrene Meinungen, das wissen wir ja, daran scheitern zur Zeit noch einige Zusammenarbeiten. Von unserer Seite gibt es da keine Probleme, die anderen Fraktionen untereinander haben schon einige Vorbehalte. Die Fraktionsgemeinschaft Piraten-Linke: Da sind neue Personen aktiv, da wird man sehen, wie es mit der Zusammenarbeit klappt. Das hat sich noch nicht so eingefahren.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zum Landrat und der Verwaltung? Arbeiten die offen mit der Selbstverwaltung zusammen?

Thomas Giese: Wir haben seit



„Man braucht immer Mitstreiter und letztlich Mehrheiten“

der letzten Wahlperiode einen neuen Landrat, der davor war eine Katastrophe. Er hat entweder nur mit sich selbst geredet oder mit der CDU. Der jetzige Landrat ist parteilos. Wir haben ihn mitgewählt, die Landräte werden ja nicht mehr direkt gewählt, sondern vom Kreistag. Wir haben uns natürlich vorher schlaue gemacht, er war vorher Bürgermeister in Rellingen, dort gibt es schon lange Grüne, daher wussten wir, der ist sehr offen, was die Kommunikation und den Informationsaustausch betrifft. Natürlich sagt er uns auch nicht alles, aber es ist ein Unterschied wie Tag und Nacht zu dem Vorgänger. Bei der Verwaltung ist es nach Fachbereichsleitern unterschiedlich, es gibt vier Fachbereiche. Es klappt mit allen ganz gut, bei einigen Themen wird es schwierig. Die Verwaltung hat natürlich immer einen großen Informationsvorsprung. Aber wenn ich was wissen will, greife ich zum Telefon, und dann klappt das meistens.

Gegenwind: Was sind aus grüner Sicht die wichtigsten Themen oder Projekte für die nächste Zeit?

Thomas Giese: Der Kreis Pinneberg ist unter dem Rettungsschirm des Landes, es gibt also einige Restriktionen, die nicht schön sind. Allerdings blieb uns keine andere Wahl, um an die damit verbundenen Zahlungen heranzukommen. Wir haben jetzt 2013 seit langem wieder mal einen Überschuss erwirtschaftet, das liegt vor allem an der guten Konjunktur und an den gestiegenen Einnahmen der Kreisumlage, das wird nicht ewig so weiter gehen. Uns sind die Finanzen sehr wichtig, um auch zukünftige Projekte finanzieren zu können. Wir haben große Bauvorhaben bei den Schulen. Der Kreis ist für die Berufsschulen zuständig. Die Schule hier in Pinneberg wird ganz neu gebaut. Den Werkstattbereich in der Kreisberufsschule Elmsborn wollen wir anschieben, das haben

wir mit dem Nachtragshaushalt getan. Die Kreisfeuerwehrzentrale wird erweitert, das haben wir sehr stark unterstützt, das ging über viele, viele Jahre, bis die Finanzierung endlich stand.

Hinsichtlich der Finanzierung gibt es bei der Rettungsleitstelle große Probleme. Dort hat man damals gegen unsere Stimmen ein PPP-Projekt durchgeführt und hat jetzt eine Bau ruine, die man irgendwie anders nutzen muss, und die Leitstelle muss neu gebaut werden. Das müssen wir weiter verfolgen, vor allen die Finanzierung sicherstellen.

Wichtig ist uns, dass die sehr gute Schulsozialarbeit fortgeführt wird. Dort gab es Bundesmittel, die aber nur temporär waren. Wir müssen einen erheblichen Teil der Finanzierung stemmen, das wird eine große Herausforderung für uns. Ansonsten sind dran, Vereine und Schulen stärker zusammen zu bringen. Wir suchen die Zusammenarbeit mit den Sportverbänden, Jugend einrichtungen, dem Kreissportverband und dem Kreisjugendring. Durch die Ganztagschulen haben die Vereine erhebliche Probleme, weil die Kinder keine Zeit mehr haben, in die Vereine zu gehen. Die Schulen haben teilweise Probleme, das Ganztagsangebot zu füllen. Es ist schwierig, weil es seit Jahrzehnten sehr festgefahrene Strukturen gibt, aber es gelingt uns langsam, dies zu überwinden.

Wir haben vor einigen Jahren ein Präventionskonzept verabschiedet, das sind alles freiwillige Leistungen, deren Finanzierung angesichts des Rettungsschirmes schwierig wird. Wir haben eine ganze Menge Vereine, Verbände, Träger wie Frauenberatungsstellen, Familienbildungsstellen, Sozialberatung, Suchtberatung. Da wird jetzt die Finanzierung schwierig. Die meisten Vereine haben seit vielen Jahren keine Anpassung mehr gehabt, haben nicht mehr Geld bekommen, sie müssen ihre Leistung runterfahren, weil ja Mieten, Personalkosten steigen. Sie müssen für dasselbe Geld weniger Personal einsetzen. Hier müssen wir gegensteuern.

Wir haben versucht, eine Mehrheit zusammen zu bekommen, um aus der E.ON Hanse auszusteigen, die Kreise sind ja beteiligt wegen der Beteiligung an der ehemaligen SCHLESWAG,

durch die Fusion mit Hein Gas jetzt an der E.ON Hanse. Das ist uns leider nicht gelungen, was zu erwarten war, weil die beiden großen Fraktionen da nicht mitgezogen haben. Wir hatten also leider keine Mehrheit, das Geld hätten wir gerne in einen Klimaschutzfonds gesteckt.

Was wir auch gemacht haben, sind Aktivitäten in Richtung nachhaltige Bildung. Wir haben ein Programm aufgesetzt: „Kita 21 - die Klimaretter“. Und wir haben ein Programm „Haus der kleinen Forscher“, das ist ein Bundesprogramm, wo wir sehr gute Arbeit leisten. Das macht für uns der Kreisjugendring. Das müssen wir auf neue finanzielle Beine stellen.

Wir haben außerdem angestoßen, die CO₂-Emission des Kreises zu minimieren. Wir wollten ein Car-sharing-Projekt aufsetzen und haben dafür gesorgt, dass der Kreis in seinen Liegen schaften Ökostrom einsetzt.

Sehr lange dran sind wir an einer anderen Sache: Der Kreis Pinneberg ist beteiligt an der „Gesellschaft für Abfallbehandlung“, die sitzt in Tornesch-Ahrenlohe. Wir haben gegen diese Müllverbrennung gekämpft, sie steht immer noch da. Aber wir haben erreicht, im Abfallwirtschaftskonzept verankert, dass wir in Zukunft aus dem organischen Restabfall Energie gewinnen, also Biogas erzeugen und zu Strom machen. Im Moment wird er nur kompostiert, was viel Energie frisst. Das gilt es in den nächsten Jahren umzusetzen. Allerdings hat ein Landrat vor vielen Jahren 49 Prozent der Gesellschaft veräußern lassen an die Firma RWE, danach hat Remondis diese Anteile übernommen, die müssen wir natürlich noch mit ins Boot holen. Der Kreis hat zwar die Mehrheit an der Gesellschaft, aber das wird trotzdem ein hartes Stück Arbeit.

Was uns ganz wichtig ist, die Ausgleichsfunktion des Kreises stärker wahrzunehmen, Es gibt immer wieder Bestrebungen von einzelnen Kommunen oder einzelnen Bürgermeistern, die relativ einseitig sind, und wir müssen für den ganzen Kreis denken. Die starken Kommunen müssen auch für die schwachen da sein. Und da kann und muss der Kreis einen Ausgleich leisten.

Gegenwind: Gibt es Beispiele für Projekte, die die Grünen durchgesetzt haben?

Thomas Giese: Wir haben eine Klimaleitstelle, die haben wir durchgesetzt haben. Wir haben dort eine ganze Menge Dinge, die wir umsetzen, teilweise auch mit Sponsoren. Die Kreissparkasse hat einige Dinge mitfinanziert, ebenso die „Gesellschaft für Abfallbehandlung“. Wir versuchen immer Ko-Finanzierer zu gewinnen. Da gibt es eine Menge Aktivitäten, die wir initiiert haben. Die Versorgung der Kreisgebäude mit Ökostrom haben wir angeschoben. Da wollten die anderen zunächst nicht ran, weil das ein bisschen teurer war. Im Kreishaushalt selbst haben wir in den letzten fünf Jahren nur wenig durchsetzen können, weil die CDU und die FDP eine stabile Mehrheit hatten und keine Diskussion zugelassen haben. Wir gehen davon aus, dass sich das jetzt ändert. Wir haben jetzt dem Nachtragshaushalt zugestimmt, der baut allerdings auf dem vorhandenen Haushalt auf, der noch von CDU und FDP verabschiedet wurde. Da konnten wir noch keine grundlegende Neuausrichtung festzurren, wir haben jedoch im Nachtrag erfolgreich den Neubau der Kreisstraße 22 verhindert. Den lehnen wir seit Jahren ab, weil diese nur einen sehr geringen Verkehrswert hat, aber sehr viel kosten soll. Wir haben zusammen mit den Sportvereinen allerdings drei sehr wichtige Vorhaben mit dem Nachtragshaushalt angeschoben.

Man braucht dazu immer Mitstreiter und letztlich Mehrheiten. Es ist für uns kein Problem, zusammen mit anderen Fraktionen auch neue Projekte zu entwickeln. Basis dafür ist unser grünes Programm auf Kreisebene.

Wir haben jetzt die Wirtschaftsförderung im Kreis neu ausgerichtet. Die hatte ein Konzept vorgelegt, das uns nicht gepasst hat. Aufgrund unserer Initiative haben wir eine Neuauflage gemacht und durchgesetzt, so dass die Revitalisierung von Flächen auch Aufgabe ist. Also nicht Bauen auf der grünen Wiese, sondern erst mal gucken, gibt es Flächen, Kasernen oder stillgelegte Fabriken, die man neu nutzen kann. Das haben wir übrigens mit der CDU zusammen durchgesetzt, da war die SPD anderer Meinung.

Eine Herausforderung wird der Haushalt 2015/16 sein, weil wir dann mit den neuen Mehrheitsverhältnissen auch neue Möglichkeiten haben.

Gegenwind: Vielen Dank!

Arne Hansen, Fraktionsvorsitzender der Grünen Segeberg

Gegenwind: Wie war das Ergebnis der Kommunalwahl? Warst Du damit zufrieden?

Arne Hansen: Ja. Es war für die Grünen hier im Kreis Segeberg überraschend gut. Es waren 14,2 Prozent, wir haben erstmalig acht Sitze, das ist unser bisher stärkstes Ergebnis, damit sind wir sehr zufrieden.

Gegenwind: Wie sind generell die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag? Gibt es feste oder wechselnde Mehrheiten?

Arne Hansen: Es gab bis zur Kreiswahl eine feste CDU-FDP-Mehrheit. Das hat sich geändert, wir haben jetzt eine Pattsituation. Wir haben eine Stimmgleichheit vom bürgerlichen Lager, CDU und FDP, und den anderen. Wir haben neu zwei Piraten im Kreistag, wir haben zwei Linke, die hatten Stimmeinbußen, vorher waren es vier, die SPD hat 18 Sitze und wir acht. Es gibt eine Stimmgleichheit von 28 zu 28 Sitzen. Es sind aber nicht zwei Lager, sondern es gibt wechselnde Mehrheiten, das ist inhaltlich bestimmt. Das hat sich geändert. Man muss sich um Mehrheiten bemühen, und wenn es der Sachverhalt hergibt, können wir auch mit der FDP oder der CDU stimmen, oder auch mit den Linken oder der SPD, wo wir traditionell näher dran sind.

Gegenwind: Wie ist das Klima im Kreistag? Reden alle mit allen? Oder reden nur Bestimmte mit Bestimmten?

Arne Hansen: Das Klima hat sich deutlich verbessert. Das hat mit dem Wechsel der Fraktionsvorsitzenden zu tun, und anfängliche Vorbehalte besonders gegenüber den Linken sind komplett zurückgefahren. Jetzt spricht jeder mit jedem, auch die Piraten werden aufgenommen, die sind genau wie die Linken sehr fleißig, machen gute Anträge. Es ist ein gutes Klima, das war vor vier Jahren sehr anders.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Landrätin und zur Verwaltung allgemein? Arbeitet die Landrätin mit allen gleichberechtigt zusammen?

Arne Hansen: Das ist eine gute Frage. Ich kann das erst mal aus unserer

Sicht und für uns sagen, bei den anderen muss ich mutmaßen. Es gab von Anfang an ein großes Misstrauen und Missbehagen der CDU gegenüber Jutta Hartweg, die ja die SPD-Landrätin ist. Die CDU hat die Wahl sogar angefochten. Von Anfang an ist dieses Klima vergiftet gewesen. Die Landrätin, die als Unternehmensberaterin keine Verwaltungserfahrung hatte, hat es nicht nur in der Politik, im konservativen Lager, sondern auch in der Verwaltung, die in ihrer Führung ebenfalls konservativ ist, sehr, sehr schwer. Es war von Anfang an schwierig. Wir arbeiten gut mit der Verwaltung zusammen, die Verwaltung ist sehr bemüht, auch anderen Fraktionen gegenüber. Wir kommen mit der Landrätin ganz gut klar, allerdings gibt es eine Unzufriedenheit in der Verwaltung, das spüren wir schon.

Gegenwind: Was sind aus grüner Sicht die wichtigsten Themen?



„Das Projekt der A-20 sollte an der A-21 qualifiziert beendet werden.“

Arne Hansen: Wir sind mitten auf dem Weg, auf unsere Initiative ist ein Klimaschutzkonzept für den Kreis entwickelt worden. Das ist mit Bundesmitteln unterstützt worden. Wir haben zwei Klimaschutzmanager, zu 85 Prozent vom Bund gefördert, die den Klimaschutz jetzt aktiv voranbringen. Wir erhoffen uns nicht nur Maßnahmen im Klimaschutz, das ist natürlich das vorrangige Ziel, sondern es geht auch um die Stärkung des Naturschutzes. Der ist hier deutlich auch personell runtergefahren worden von den Mehrheitsfraktionen. Wir sind dabei, diesen Bereich wieder deutlich nach vorne zu bringen.

Wir haben das Problem Gewässerschutz, das ist hier dringend. Da geht

es um die Belastung mit Nanopartikeln, mit Medikamenten, Antibiotika, es gibt zunehmende Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Gewässer.

Ein großes Thema, an das wir von verschiedenen Seiten ranwollen, ist die Verkehrspolitik. Klimaschutz im Bereich des Verkehrs – das ist der größte klimaschädigende Faktor hier, aber auch der Faktor, wo wir als Kreis am schwierigsten rankommen. Wir haben uns jetzt die Fahrzeugflotte der Kreisverwaltung vorgenommen, auch die Dienstfahrzeuge von Kreispräsident und Landrätin, wir wollen deutlich emissionsärmere Fahrzeuge und auch einsteigen in die Elektromobilität. Gleichzeitig wollen wir den Kreis als fahrradfreundlichen Kreis entwickeln.

Wir haben Verkehrskonzepte in Arbeit, damit der Radverkehr hier einen deutlich besseren Stellenwert bekommt. Es ist ein ländlich geprägter Kreis, bis auf Norderstedt, wir haben einen Radverkehrsanteil unter zehn Prozent, das ist skandalös niedrig. Wir wollen in diesem Jahr einen Kreisradverkehrsbefragten installieren. Dafür haben wir noch keine Mehrheit gefunden.

Wir sind aktuell dabei, das gehört auch zum Kreisklimakonzept, einen Kreisklimarat zu etablieren, das geht in zwei Wochen los. Wir wollen, dass Fachleute ihr Wissen in den Kreis hineinbringen, als eine Art Beirat, der die Politik und die Verwaltung berät. Wir wollen das Geld, was wir für diese Maßnahmen haben, auch möglichst effizient einsetzen. Ein Ansatz ist die Sanierung der kreiseigenen Liegenschaften, da sind wir schon lange dabei.

Gegenwind: Gibt es zu diesen Themen einen Erfahrungsaustausch mit anderen grünen Fraktionen?

Arne Hansen: Wir sind im Kontakt. Die Stormarner waren ja die ersten, die einen Klimaschutzbeauftragten hatten, da sind Kontakte vorhanden. Es sind in der Regel die Nachbarkreise, wo die Kontakte gut klappen. Je weiter wir uns entfernen, desto spärlicher werden die Kontakte.

Gegenwind: Es gibt zwei Themen im Kreis, die auch überregional Interesse fanden: Der Stopp des Weiterbaus der A20 und Pannen im Jugendamt. Wie positioniert Ihr Euch da?

Arne Hansen: Die überwiegende Mehrheit des Kreisfraktionen befürwortet die A 20 (außer den LINKEN und den GRÜNEN), die Fachbehörden des Kreises, insbesondere die Untere Naturschutzbehörde hat bedauerlicherweise auf die deutlichen Schwächen der Planung nicht ausreichend deutlich hingewiesen; aber Du sprichst zufällig auch gerade mit dem Bürgermeister der Gemeinde Klein Gladebrügge. Und die Gemeinde hat mit den Naturschutzverbänden NABU und BUND zusammen gegen die Autobahn geklagt, und auch als Gemeinde haben wir ja gewonnen. Ich bin bei den Grünen wegen der Verkehrspolitik, ich ar-

beite seit Jahren bei den Grünen und dem BUND an der Verhinderung dieser A20, was für mich ein Schlüsselthema ist. Die Trasse soll z.B. vierzig Meter von der Wohnbebauung Klein Gladebrügges entfernt verlaufen. Wir hatten sehr früh gesagt, dass ab der Anbindung an die A1 dieses Projekt völlig überflüssig ist, aus meiner Sicht schon früher, weil die Hamburg-Nordwest-Umfahrung durch die mäandrierende Nordverschwenkung nach Segeberg hoch und am Segeberger Forst längs bis nach Bad Bramstedt erledigt ist. Die A20 wird nie die Entlastungsfunktion haben, die Verkehrsprognosen sind völlig unseriös überhöht. Westlich von Bad Segeberg geht es um weniger als 10.000 Fahrzeuge am Tag, das rechtfertigt keine Autobahn. Wir begrüßen den Planungsstopp. Es geht um eklatante Planungsfehler und Planungsversäumnisse, die wir seit 15 Jahren vortragen, die aber immer ignoriert worden sind. Jetzt ist keine Eile geboten, sondern Gründlichkeit. Man sollte das ganze Projekt jetzt neu denken.

Natürlich führt die bis an die Stadtgrenze Bad Segebergs heranreichende A-20 zu gewissen Zeiten (Karl-May-Verkehr im Sommer) zu gewissen Belastungsproblemen innerhalb der Stadt; allerdings wurden diese durch eine weitgehende Vierspurigkeit schon entschärft. Die geplante Südumfahrung würde aber keinesfalls eine wirklich signifikante Entlastung bringen; es verblieben immer noch über 20.000 KFZ täglich in der Ortsdurchfahrt.

Aus unserer Sicht sollte über eine Anbindung der A-20 bis an die A-21 auf der bestehenden B-206 mit einem Tunnel im Innenstadtbereich nachgedacht werden; westlich der A-21 sehen wir überhaupt kein weiteres Planungserfordernis; hier sollte die A-20 dann enden.

Nur mit einer Führung der A-20 auf der bestehenden A-20 komme ich zu einer halbwegs Menschen- und Naturverträglichen Lösung, da ich so auf Durchschneidung von Naturschutzgebieten und Neuversiegelung verzichten kann und Bad Segeberg innerorts nur so Anspruch auf Lärmschutz hätte; auch die gute Anbindung an die Innenstadt bliebe aus allen Richtungen erhalten.

Von der Plantrasse sollte man sich definitiv verabschieden, zumal die Umsetzung eines effektiven Fleder-

mausschutzkonzeptes sehr aufwändig und teuer würde.

Gegenwind: Und wie geht Ihr mit den Problemen des Jugendamtes um?

Arne Hansen: Da ist aktuell der Fall der Zwillinge, aus den 70er Jahren, da hat es offensichtlich Versäumnisse gegeben, Anzeichen und Hinweise wurden vom Jugendamt nicht ernst genommen. Und dann gab es den Fall, der als „Kellerkind“ durch die Medien ging. Wir denken fraktionsübergreifend, dass solche Fälle nie ausgeschlossen werden können, aber wir haben geguckt, das Jugendamt personell besser auszustatten, neue Stellen im neuen Haushalt, gleichzeitig soll konzeptionell besser damit umgegangen werden. Die Familien müssen mehr Betreuung bekommen, es muss sensibler auf Signale und Hinweise reagiert werden. Die Mitarbeiter sind in Fortbildungs-Prozessen, damit sie bestmöglich fit gemacht werden.

Das eigentliche Problem war der sehr unprofessionelle Umgang mit den Problemen. Der Umgang war defensiv und nicht transparent. Die Informationen wurden scheinbar nachgereicht, das rächt sich, sowas funktioniert nicht. Man braucht große Transparenz und Offenheit im Rahmen des Datenschutzes. Es gab massive Kritik am Landratsamt und an Jutta Hartwig, aber sie hatte das Jugendamt auch nicht so im Rücken, wie sie das gebraucht hätte.

Gegenwind: Welche Möglichkeiten haben die Grünen denn insgesamt, wenn Du einen Blick auf den Haushalt wirfst? Das Land plant auch das neue FAG.

Arne Hansen: Die Möglichkeiten werden nicht größer, wenn die Finanzreform so kommt wie geplant. Der Kreis soll, so die aktuellen Planungen, 11 Millionen weniger bekommen. Das ist ein massiver Einbruch. Wir haben die letzten Jahre einen relativ harten Konsolidierungskurs gehabt, auch von den Mehrheitsfraktionen so gesteuert, der sehr schmerzhaft war, von uns auch nicht mitgetragen werden konnte. Aber das Ergebnis ist: Vor sechs Jahren hatten wir eine Verschuldung von 80 Millionen, jetzt stehen wir bei knapp 70 Millionen, das ist deutlich runter gegangen. Diese Anstrengungen gingen an die Substanz, mit Kürzung bzw. Streichung sogenannter freiwilliger Leistungen, z.B. bei

Thomas Krampfer, Vorsitzender der grünen Ratsfraktion Neumünster

Gegenwind: Wie war das Ergebnis der Kommunalwahl? Warst Du damit zufrieden?

Thomas Krampfer: Ja, wir waren sehr zufrieden. Wir sind mit fünf Leuten in die Ratsversammlung eingezogen, so viele Leute hatten wir noch nie in der Ratsversammlung. Wir sind jetzt die drittstärkste Fraktion und wir sind wieder aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Ratsversammlung mitunter das Zünglein an der Waage.

Gegenwind: Wie sind denn insgesamt die Mehrheitsverhältnisse? Gibt es feste Mehrheiten?

Thomas Krampfer: Nein. Die Mehrheiten in der Ratsversammlung (43 Sitze) wechseln. Aber in den wichtigen politischen Entscheidungen gibt es zur Zeit eine Mehrheit von den Grünen (5 Sitze), von der SPD (14), dem Linken Johnny Griese (1) und von dem Bündnis für Bürger (3), die sich zusammengetan haben mit einem Piraten (1).

Gegenwind: Wie ist das Klima in der Ratsversammlung? Arbeitet man gut zusammen?

Thomas Krampfer: Bei drohenden Abstimmungsniederlagen werden gerne Vertagungsanträge gestellt, die dann von der anderen Seite mit Sondersitzungen beantwortet werden. So haben

Volkshochschulen, Musikschulen und so weiter, am Personal wurde sehr gespart. Aber zum ersten Mal haben wir jetzt einen Überschuss-Haushalt, dass man das Personal wieder ein bisschen aufstocken könnte. Wir sehen etwas Licht am Horizont, und jetzt kommt das FAG. Das wird sehr, sehr schwierig werden. Und es entsteht der Eindruck, dass die Kreise, die sich stark angestrengt haben, jetzt bestraft werden, jetzt quasi die finanziell notleidenden großen Städte zu Lasten der Kreise unterstützt werden. Dadurch wird unnötig ein Stadt-Land-Konflikt geschürt, denn so wird der Kreis zukünftig kaum noch in der Lage sein, seiner Ausgleichsfunktion gerecht zu werden. Es ist eine schwierige Lage, es bleibt aber zu hoffen, dass hier noch nachgebessert wird.

Gegenwind: Vielen Dank!

Gegenwind 305 · Februar 2014

wir bis heute mehr Sondersitzungen gehabt als reguläre Ratsversammlungen. Bis jetzt sieht es so aus, dass bei wichtigen Fragen überwiegend in Blöcken abgestimmt wird. Und zwar so, wie ich das gerade beschrieben habe. Was aber nicht ausschließt, dass wir auch mal zusammen mit der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion einen Antrag durchbringen.

Gegenwind: Was sind denn in den letzten Monaten die wichtigsten Themen gewesen?

Thomas Krampfer: Neben dem integrierten Stadtentwicklungskonzept, dass wir zusammen mit der SPD-Fraktion formuliert haben, war ein wichtiges Thema die Neuvergabe der Konzession für den Öffentlichen Personennahverkehr. Wir haben zusammen mit der SPD und dem Linken und mit dem Bündnis für Bürger plus Pirat erreicht, dass der Öffentliche Personennahverkehr direkt von unserer hundertprozentigen Tochter, den Stadtwerken Neumünster durchgeführt werden soll. Die Kolleginnen und Kollegen von der

KOMMUNAL



„Wir wollen für Neumünster eine Hochschul- anbindung.“

VHH, den Verkehrsbetrieben Hamburg-Holstein, die bisher im Auftrag der Stadtwerke den Öffentlichen Personennahverkehr durchgeführt haben, sollen von den Stadtwerken Neumünster übernommen werden.

Gegenwind: War das umstritten? Wer hat dagegen gestimmt?

Thomas Krampfer: Es gab Enthaltungen bei der CDU und bei der FDP, die konnten sich nicht ganz durchringen aufgrund von Kleinigkeiten. Die haben ihre Duftmarke nicht hinterlassen können bei dem Antrag und deshalb nicht zugestimmt. Deutlich hingegen war unser Bemühen, den Öffentlichen Personennahverkehr möglichst

selbst kontrollieren und durchführen zu können.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur SPD? Sie die Grünen die Mehrheitsbeschaffer oder sind es Partner auf Augenhöhe?

Thomas Krampfer: Wir sind Partner auf Augenhöhe, und es gibt keinen Kuhhandel. Wir pflegen mit der SPD-Fraktion gegenseitig eine privilegierte Gesprächspartnerschaft.

Gegenwind: Wie sind die Haushaltsverhandlungen gelaufen? Was waren die wichtigsten grünen Anliegen, was konntet Ihr durchsetzen?

Thomas Krampfer: Wir konnten durchsetzen, dass wir weiterhin auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung sind, aber ohne die Stadt kaputt zu sparen. Zur Zeit haben wir wenig Spielräume, eigene wichtige Projekte so zu finanzieren, dass wir sie auch durchsetzen können. Die nächsten Haushaltsberatungen werden erst wieder im Dezember stattfinden. Was wir geschafft haben, ist die Verringerung des jährlichen Defizits von 8,7 Millionen im ersten auf 7,8 Millionen im zweiten Jahr. Und in wenigen Jahren können wir einen ausgeglichenen Haushalt haben, allerdings bleibt die Gesamtverschuldung mit über 140 Millionen Euro bestehen, die auch irgendwann abgetragen werden müssen.

Gegenwind: Wie ist die Situation der Stadt insgesamt? Es ist ja besser als in Lübeck oder Kiel.

Thomas Krampfer: Wir sind von den kreisfreien Städten die am wenigsten verschuldete Stadt pro Kopf, wobei ich anmerken will, dass die Hansestadt Lübeck und die Landeshauptstadt Kiel in einer anderen Liga spielen. Von daher kann man das so kaum vergleichen. Wir sind insofern auf einem guten Weg, weil wir uns neu orientiert haben. Wir gehören der Metropolregion Hamburg an, das ist ökonomisch sinnvoll für uns, wir orientieren uns Richtung Süden.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zum Oberbürgermeister und der Verwaltung überhaupt?

Thomas Krampfer: Der Oberbürgermeister ist ja auf Grund einer Empfehlung unserer Partei und der CDU und der FDP gewählt worden. Wir haben uns damals für Olaf Taurus entschieden, weil er ein sehr kommunikativer Oberbürgermeister ist, und das hat er bisher auch eingelöst. Die Zusammenarbeit zwischen Selbstverwaltung und Verwaltung ist eigentlich gut.

Gegenwind: Was sind die wichtigsten Themen in dieser Wahlperiode für die Grünen?

Thomas Krampfer: Aktuell ist wichtig der Bürgerentscheid am 26. Mai. Er wird darüber befinden, ob der Großflecken, der zentrale Platz in

Neumünster, für den Durchgangsverkehr gesperrt werden soll. Hier fand ein Verkehrsversuch statt, der leider abgebrochen wurde aus uns unerfindlichen Gründen. Aber wir werden uns dafür einsetzen und dafür werben, dass der Bürgerentscheid so ausfallen wird, dass der Durchgangsverkehr über den Großflecken nicht mehr stattfinden wird – ran statt durch.

Gegenwind: Was sind die Argumente dafür und dagegen?

Thomas Krampfer: Die Argumente für eine Sperrung des Durchgangsverkehrs liegen auf der Hand. Der Großflecken ist geplant worden für 6.000 Kraftfahrzeuge pro Tag, und mittlerweile zählen wir 12.000 Kraftfahrzeuge pro Tag. Das hat erhebliche Auswirkungen auf den Öffentlichen Personennahverkehr. Er leidet qualitativ darunter, dass er die Anschlusszeiten nicht mehr einhalten kann, weil er dauernd im Stau auf dem Großflecken steckt. Und wir wollen natürlich runter vom Auto und rauf auf den Öffentlichen Personennahverkehr. Und das kann man nur bewerkstelligen, wenn auch der Öffentliche Personennahverkehr Qualität hat. Seine Qualität bemisst sich in nur weniger als einer Minute, nämlich ob ein Bus Verspätung hat. Und diese Verspätungen waren zu der Zeit, in der der Verkehrsversuch lief, null.

Befürworter des Durchgangsverkehrs sind überwiegend die Geschäftsinhaber am Großflecken, was ich aber überhaupt nicht verstehe. Wo gibt es eine Innenstadt, wo man direkt mit dem Auto vor den Laden fahren kann? Die gibt es nirgendwo. Und die Parkplatzsituation in Neumünster ist ausgezeichnet.

Gegenwind: Wie haben sich die Parteien aus der Ratsversammlung positioniert?

Thomas Krampfer: Wir waren die einzigen, die gegen den CDU-Antrag gestimmt haben, den Verkehrsversuch abbrechen zu lassen.

Gegenwind: Wie diskutiert die grüne Fraktion die Stadtreionalbahn?

Thomas Krampfer: Die diskutieren wir sehr ambivalent, weil die Stadtreionalbahn ein großes Projekt ist. Aus unserer Sicht hadern wir ein wenig, weil die Verbindungen von Neumünster nach Kiel insgesamt sehr gut sind. Man kann hier alle halbe Stunde mit

der Bahn nach Kiel fahren, nicht einmal eingerechnet die ICEs und der „Kielius“. Die Möglichkeiten, mit dem Öffentlichen Personennahverkehr nach Kiel zu kommen, sind aktuell geradezu ideal.

Gegenwind: Gibt es aus Eurer Sicht keine Priorität für dieses Projekt?

Thomas Krampfer: Die Schwierigkeit liegt darin, dass wir uns als Stadt natürlich an den Planungskosten beteiligen müssen und wir zur Zeit noch keinen Überblick haben, wo wir das Geld dafür jemand anderem wegnehmen können. Statt einer Anbindung an die Stadtreionalbahn fordern wir Grünen sehr viel dringender eine Hochschulbindung für Neumünster, wie es sich für ein Oberzentrum in der Mitte des Landes gehört. Und damit stehen wir nicht allein.

Gegenwind: Wie stehen die anderen Parteien zur Stadtreionalbahn? Zeichnen sich Mehrheiten ab?

Thomas Krampfer: Nein, das ist alles noch in der Diskussion. Bei der SPD bin ich nicht informiert, wie dort der aktuelle Stand ist. Klar positioniert hat sich die CDU-Fraktion, die dagegen stimmen wird. Aber eine Hochschulbindung favorisieren alle in Neumünster.

Gegenwind: Wie ist die Orientierung generell? Orientiert sich Neumünster eher auf Hamburg oder eher auf Kiel?

Thomas Krampfer: Die ökonomische und raumplanerische Orientierung ist ganz sicherlich Richtung Hamburg, wir sind Mitglied der Metropolregion Hamburg. Und wir fordern unsere Freundinnen und Freunde in der Landesregierung auf, uns dem südlichen Planungsraum zuzurechnen. Eine Orientierung nach Kiel ist nach meinem Dafürhalten eher kultureller Natur.

Gegenwind: Welche anderen Projekte stehen für 2014 noch an?

Thomas Krampfer: Wir wollen Kiel ein wenig nacheifern. Wir haben zusammen mit der SPD das Leitbild der „Fahrradstadt Neumünster“ beschlossen in der Ratsversammlung, das jetzt Stück für Stück umgesetzt werden soll.

Gegenwind: Vielen Dank.

Armin Rösener, Kreistag Rendsburg-Eckernförde

Gegenwind: Wie war das Ergebnis der Kommunalwahl? Seid Ihr zufrieden?

Armin Rösener: Wir sind überaus zufrieden mit dem Wahlergebnis. Es war besser, als ich persönlich erhofft habe. Ich habe auf Platz sechs der Liste kandidiert, und eigentlich hatte ich schon mit der Arbeit im Kreistag abgeschlossen. Ich hatte gedacht, ich habe mehr Freizeit. Aber es hat nicht funktioniert, wir haben doch sechs Abgeordnete bekommen.

Gegenwind: Wie sind die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag? Gibt es feste Mehrheiten oder wechselnde Mehrheiten?

Armin Rösener: Es gibt keine festen Mehrheiten, aber keine Mehrheit funktioniert ohne uns. Außer einer „Großen Koalition“. Das macht es für uns komfortabel. Im bürgerlichen Lager hat die FDP sich halbiert, von fünf auf drei Abgeordnete. Sie bekommen mit der CDU keine eigene Mehrheit zusammen, dazu brauchen sie den SSW oder stimmen mit uns. Aber auch im linken Lager funktioniert es nicht ohne uns. SPD, Grüne und SSW zusammen reichen auch noch nicht, wir müssen die Linken mit ins Boot holen und möglichst noch den Piraten, das ist natürlich schwierig. Was funktionieren würde ist eine Mehrheit schwarz-grün.

Gegenwind: Ist eine solche Mehrheit auch schon zustande gekommen? Es gab ja zur Konstituierung freundliche Gesten der CDU in diese Richtung.

Armin Rösener: Das war im Rahmen der Abstimmungsgespräche vor der konstituierenden Sitzung. Wir haben geguckt, was ist möglich, was geht. Und bei der Verteilung der Ausschuss-Vorsitzenden ist ein gutes Ergebnis für uns herausgekommen.

Gegenwind: War das von der CDU als Angebot zur Zusammenarbeit gemeint?

Armin Rösener: Ja. Ich habe Rainer Christiansen sehr gut kennen und schätzen gelernt, er steht zu seinem Wort und ist sehr moderat, die Zusammenarbeit mit ihm ist gut und ist verlässlich.

Gegenwind: Wie ist insgesamt das Klima im Kreistag?

Armin Rösener: Die Kreistagsarbeit bestand ja zunächst daraus, dass die Ausschüsse sich gefunden und die Arbeit begonnen haben, und dann kamen die Haushaltsberatungen. Für mich war überraschend, dass viele Punkte in den Haushaltsberatungen, um die wir früher hart kämpfen mussten, jetzt Konsens waren bei allen Fraktionen. Die Haushaltsberatung kurz vor Weihnachten war derart harmonisch und schon fast beängstigend einstimmig.

Gegenwind: Hast Du einige Beispiele?

Armin Rösener: Aus grüner Sicht war es in den letzten Jahren schwierig, die Unterstützung für die Frauen-Selbsthilfegruppen durchzusetzen, VIA zum Beispiel in Rendsburg und Eckernförde. Dieses Jahr wurde nur besprochen, wie viel Geld die denn bekommen. Wir haben einen moderaten Vorschlag gemacht, der von anderen überboten wurde. Was uns natürlich sehr am Herzen gelegen hat, war der weitere Ausbau der Familienzentren im Kreis. Das ist eine Sache, die wir damals schon über Marret Bohn ein-

gebracht haben. Das läuft gut weiter, es konnten wieder mehrere Familienzentren in die Förderung aufgenommen werden. Durch die Anschubfinanzierung können jetzt die Angebote vor Ort vorgehalten werden. Die Drogensuchtberatung wird finanziert. Und für das regionale Nahverkehrskonzept wurde nochmal extra Geld beschlossen, und zwar für eine bessere Barrierefreiheit und bessere Taktzeiten. Und es gibt Verlässlichkeit gegenüber den Nachbargemeinden. Es gibt weitere Umweltschutzmaßnahmen, und es gibt Mittel für den Straßenerhalt. Damit haben sich die Grünen in den letzten Jah-

ren schwer getan. Aber es gehört auch zur Nachhaltigkeit, dass wir unser Vermögen im Kreis nicht verkommen lassen. Wir investieren also auch in den Erhalt der Straßen, wir mussten nur diskutieren, dass wir auch einen realistischen Betrag einstellen, also nur so viel, wie auch verbaut werden kann. Aber es war atemberaubend, wie harmonisch die Haushalts-Kreistagssitzung war und wie schnell es ging, das habe ich in den vergangenen Jahren so nicht erlebt. Aber das liegt auch an den neuen Mehrheitsverhältnissen.



„Fast beängstigend harmonisch“

Gegenwind: Es gibt also wenig knappe Mehrheiten, sondern eher breite Mehrheiten?

Armin Rösener: Die ganzen Haushaltsberatungen sind einstimmig gelaufen. Das ist ein völliger Gegensatz zu den letzten Jahren. Es gab keine Blockbildung, wo die einen die Richtung vorgeben und die anderen nur da sitzen und staunen. Jetzt ging es darum, miteinander zu reden, einen Konsens zu finden. Und meine Erfahrung ist, dass da auch die besten Ergebnisse rauskommen.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zum Landrat und zur Verwaltung? Wie ist das Verhältnis vom Landrat zum Kreistag insgesamt?

Armin Rösener: Ausgesprochen gut. Wir werden gut informiert durch die Verwaltung und speziell durch den Landrat. Er ist auch jederzeit für uns ansprechbar. Ich kann sagen, es gibt eine überaus vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir haben mit der Verwaltung zusammen die Baumschutzordnung kreiert, das ist in der Öffentlichkeit leider noch nicht so angekommen. Klaus Schaffner hat da einen großen Anteil dran. Er hat vor allem seine Fachexpertise da eingebracht. Insbesondere haben wir darauf geachtet, dass es für die Bürgerinnen und Bürger praktikabel und nachvollziehbar ist.

Ein anderer Punkt war das Kies-Kataster. Es gab den Konflikt in Grevenkrug, der zeitweise sehr hochkochte. Wir haben uns sehr engagiert. Die Entlassung des Gebiets aus dem Landschaftsschutz wurde vom Landrat zurückgenommen. Das ganze Verfahren läuft noch, wir rechnen damit, dass die Firma vor Gericht gehen wird. Das ist ihr gutes Recht, wir müssen das Urteil dann abwarten. Aber ich denke, es wird so ausgehen, wie wir das möchten: Das Gebiet darf aus dem Landschaftsschutz nicht ausgenommen und Kies dort nicht abgebaut werden. Ein Kiesabbau dort wäre der Super-Gau. Aber wir haben jetzt ein sehr gutes Kies-Kataster. Wir wissen jetzt, wo etwas im Argen liegt. Bei der Hälfte der genehmigten Kiesgruben gab es größere oder kleinere Mängeln. Jetzt muss nachgesteuert werden, auch bei der Renaturierung. Aber wir haben erst mal eine sehr gute Bestandsaufnahme. Ich

bin Markus Wegner, dem ehemaligen Fraktionsmitglied, auch sehr dankbar, dass er sich da so reingehängt hat.

Gegenwind: Was sind aus Deiner Sicht die wichtigsten Themen für 2014?

Armin Rösener: 2014 müssen wir die Haushaltsberatungen für 2015 vorbereiten, der Haushalt 2014 ist eine Art Zwischenhaushalt. Wir haben einige Projekte jetzt angeschoben, auch soziale Projekte, damit müssen wir weiter machen. Der Haushaltsüberschuss wird möglicherweise am Jahresende rund 4 Millionen Euro betragen, das ist aber erst mal eine theoretische Summe, die da im Raum steht. Die Verschuldung ist immer noch hoch, rund 20 Millionen Euro, daran müssen wir arbeiten. Wir müssen außerdem sehr genau gucken, was 2015 mit dem Finanzausgleichsgesetz auf Landesebene auf uns zukommt. Da haben wir noch keine belastbaren Zahlen, nur Vermutungen und Schätzungen, aber es wird ja noch nachgesteuert. Das ist rechnerisch noch nicht zu erfassen. Nach der bisherigen Schätzung macht der gesamte Kreis, ich betrachte jetzt mal Städte, Gemeinden und den Kreis selbst, ein Minus von viereinhalb Millionen Euro. Es gibt jetzt ja nicht die Kreisbürger und die Stadtbürger und die Gemeindebürger, es sind alles Menschen in diesem Kreis. Und wenn wir insgesamt viereinhalb Millionen Euro weniger zur Verfügung haben, müssen wir gucken, wo wir etwas einsparen. Wenn man sieht, wie wenig frei verfügbare Mittel in diesem Kreishaushalt drin sind, dann ist das eine sportliche Herausforderung. Man muss überlegen, ob man an freiwillige Leistungen rangeht, aber das sind eben genau die Projekte wie die Drogenhilfe, Projekte, die wir jetzt gerade gesichert haben. Das ist garantiert das, was wir nicht wollen. Aber der Großteil des Kreishaushaltes ist fest verplant, über 70 Prozent fließen in Sozialausgaben. Das wird sehr schwierig bei uns.

Gegenwind: Was wird mit der Stadtrationalbahn passieren? Das Projekt kann ja nur umgesetzt werden, wenn die vier betroffenen Kreise zustimmen.

Armin Rösener: Da haben wir auf unserer ersten Fraktionssitzung Anfang Januar drüber diskutiert. Wir haben am 17. Januar eine Kreismitgliederversammlung zu diesem Thema. Abschließend haben wir uns dazu noch nicht positioniert. Wir müssen

noch genau prüfen, was auf uns zukommt: Wo liegen die Vorteile? Wo gibt es Risiken? Wie ist das Ganze zu finanzieren? Wenn wir durch das neue Finanzausgleichsgesetz weniger Mittel bekommen, dann wird es auch schwieriger, in solch ein Projekt Geld zu investieren. Das müssen wir genau prüfen: Was kommt unter dem Strich für uns heraus? Wie sind die Belastungen? Können wir die tragen? (Nachtrag: Inzwischen hat sich die Kreismitgliederversammlung in einem Stimmungsbild mehrheitlich positiv zur SRB geäußert.)

Gegenwind: Wie ist denn die Zusammenarbeit mit anderen grünen Fraktionen?

Armin Rösener: Das ist sehr projekt- oder themenbezogen. Wir hatten vor Weihnachten mit Kiel und Plön Kontakte wegen der Stadtrationalbahn. Das wird weitergehen, aber das wird immer themenbezogen bleiben. Das gilt auch für andere Themen.

Was mich zum Beispiel erschrocken hat, war die Abstimmung in Schleswig, und zwar in der Stadt, bei der es um das Landestheater ging. Diese Entscheidung stellt ja die Existenz des ganzen Landestheaters in Frage. Wir sollen demnächst hier hören, welche Risiken es jetzt für uns gibt und wie das Programm landesweit aussieht. Die Schleswiger Grünen haben in diesem Fall mit dagegen gestimmt, haben gegen die Investition gestimmt. Für mich ist Kultur ein Wert an sich, und Schleswig ist mal wie Flensburg, Rendsburg und die Kreise die Verpflichtung eingegangen, dieses Theater mit zu finanzieren. Dass das jetzt bei dieser Abstimmung an einer vergleichsweise kleinen Summe scheitert, ist für uns sehr irritierend.

Wir werden jetzt im Frühjahr eine Fraktionsklausur machen. Da wollen wir die Ziele für die gesamte Wahlperiode zu definieren. Wir wollen zumindest auflisten, was wir erreichen wollen. Wir haben natürlich ein Wahlprogramm, aber wir wollen es jetzt noch mal konkret nachsehen, ist alles aktuell, müssen wir nachsteuern? Das Wahlprogramm wurde vor einem Jahr beschlossen, und die Welt hat sich weiter gedreht. Und jetzt wollen wir nachsehen, ob alles noch passt und wie wir es anpacken wollen.

Gegenwind: Vielen Dank!

Lydia Rudow, Vorsitzende der Ratsfraktion der GRÜNEN in Kiel

Gegenwind: Wie war das Ergebnis der Kommunalwahl? Warst Du damit zufrieden?

Lydia Rudow: Mit der Ergebnis der Kommunalwahl war ich absolut zufrieden, denn wir konnten unser Ergebnis im Vergleich zur Wahl davor leicht steigern. Wir waren ja vorher und sind jetzt in der Kooperation mit der SPD und SSW, alle drei Parteien haben dazu gewonnen. Es war auf jeden Fall eine Bestätigung unserer Arbeit. Und persönlich war ich auch zufrieden, weil ich im Wahlkreis Schreventeich das erste grüne Direktmandat erreicht habe.

Gegenwind: Ich hattet in der vorigen Wahlperiode eine Vereinbarung mit SPD und SSW, in dieser habt Ihr wieder eine Vereinbarung. Rein zahlenmäßig habt Ihr ja so viel gewonnen, dass es auch für SPD und Grüne alleine gereicht hätte. Warum habt Ihr das Dreierbündnis trotzdem fortgesetzt?

Lydia Rudow: Das war ein Ergebnis der Wahl. Wenn alle drei Parteien der Kooperation dazu gewinnen, wenn die Bürgerinnen und Bürger unsere Politik mehrheitlich gut finden, warum soll man dann das Bündnis ändern? Auf Landesebene klappt es auch gut, deshalb wollten wir das auch hier weiter machen. Der SSW bringt auch wichtige Aspekte, zum Beispiel in der Minderheitenpolitik mit ein.

Gegenwind: Wie ist das Klima in der Ratsversammlung insgesamt? Ihr habt die Mehrheit, wird trotzdem offen diskutiert und ausgetauscht?

Lydia Rudow: Gerade in den Ausschüssen gibt es viel Austausch. Es wird an den Fachthemen gearbeitet, und auf kommunaler Ebene ist es generell häufiger, dass auch parteiübergreifend abgestimmt wird. Auch in der Ratsversammlung stimmen wir oft Anträge zusammen mit der Opposition ab. Es gibt auch Anträge von anderen, die wir aufgreifen, vielleicht noch Ergänzungen einfügen, und dann zusammen verabschieden. Es ist nicht so, dass wir Anträge der Opposition automatisch ablehnen, umgekehrt auch nicht.

Im letzten halben Jahr war das Klima spannungsgeladener durch die Diskussionen um die Oberbürgermeisterin

Susanne Gaschke. Das hat die Stimmung extrem aufgeheizt, und zwischen der Opposition und der Kooperation wurde der Abstand größer. Bei den Haushaltsberatungen hatten wir auch größere Konflikte. Aber ich habe die Hoffnung, dass sich das nach der OB-Wahl am 23. März normalisiert.

Gegenwind: Ist der Abstand zu allen Oppositionsparteien gleich? Oder gibt es mit den einen mehr, mit den anderen weniger Zusammenarbeit? Ich nehme mal den einen NPD-Abgeordneten aus.

Lydia Rudow: Ja, ich auch. Für die anderen Parteien würde die Frage vermutlich jedes Mitglied der grünen Fraktion anders beantworten. Ich kann da keine generelle Tendenz sehen. Bei einigen Themen stimmen wir öfter mit CDU und FDP zusammen, zum Beispiel beim Neubau des Zentralbades, die Linken sind dagegen. Bei sozialpolitischen Themen sind wir eher mit den Linken zusammen als mit der CDU. Es hängt von den Themen ab und davon, welche Affinität man persönlich zu den Parteien und den Personen hat.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis der Verwaltung zur Selbstverwaltung, wenn wir mal die Turbulenzen zwischen Susanne Gaschke und der Ratsversammlung weglassen?

Lydia Rudow: Ich bin ja noch nicht so lange dabei. Aber aus meiner Sicht ist das Verhältnis sehr gut und sehr konstruktiv. Die Zusammenarbeit funktioniert gut und vertrauensvoll.

Gegenwind: Bist Du mit der Aufstellung des OB-Kandidaten zufrieden? Es ist ja ein SPD-Kandidat, der gemeinsam unterstützt wird. Letztes Mal haben die Grünen einen eigenen Kandidaten aufgestellt, das wäre diesmal ja auch möglich gewesen.

Lydia Rudow: Mit der Wahl von Ulf Kämpfer zu unserem Kandidaten bin ich sehr zufrieden. Vor einem Jahr waren einfach die Bedingungen anders. Es war am Ende der Wahlperiode, ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl. Es war wichtig, dass die Grünen eigenständig auftreten. Und unsere Umfragewerte waren so gut, dass wir uns bei einem eigenen Kandidaten einiges erhoffen konnten. Jetzt sind wir neu in der Kooperation, haben einen

KOMMUNAL



„Wir haben jetzt einen Wahlkampf“

neuen Vertrag ausgehandelt. Die Turbulenzen um Susanne Gaschke haben die Kooperation auch herausgefordert, aber wir haben die Erfahrung gemacht, dass wir gut und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben. Für uns war deshalb klar, dass wir einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen wollen. Ulf Kämpfer passt auch gut als Person mit seinem politischen Ansichten zu allen drei Parteien.

Gegenwind: Wäre für Dich auch eine Zusammenarbeit mit dem Gegenkandidaten Stefan Kruber von der CDU denkbar, falls der gewinnen sollte? Du kennst ihn ja als Fraktionschef der CDU im Rat.

Lydia Rudow: Auf jeden Fall. Alles andere wäre ja fatal. Es sind viereinhalb Jahre bis zur nächsten Wahl, und es muss eine Zusammenarbeit zwischen der Ratmehrheit und dem Oberbürgermeister, der gesamten Verwaltungsspitze geben. Ich wünsche mir natürlich, dass Ulf Kämpfer die Wahl gewinnt, denn er steht auch für unsere Inhalte, das sehe ich bei Herrn Kruber nicht. Da fehlen mir die Visionen für die Stadt, und es wäre interessant, wie

er dann die Projekte der rot-grün-blauen Ratsmehrheit umsetzen würde.

Gegenwind: Zu den Themen in der Stadt gehört der „Kleine Kiel-Kanal“. Die Holstenbrücke soll wieder eine Wasserverbindung zwischen dem Kleinen Kiel und dem Bootshafen werden. Das Projekt ist umstritten, auch innerhalb der Grünen gab es schon Kritik.

Lydia Rudow: Als das Projekt vorgestellt wurde, wurde es auch bei uns sehr kontrovers diskutiert. Aber je länger man sich damit auseinandergesetzt hat, desto mehr Vorbehalte haben sich aufgelöst. Die große Mehrheit bei den Grünen ist für das Projekt. Ich war am Anfang auch kritisch, aber das Ziel aller Parteien ist eine Verkehrsberuhigung an der Holstenbrücke, die Aufenthaltsqualität dort soll besser werden, und auch die Opposition möchte dort eine Umgestaltung. Sie möchte dort einen Platz schaffen, zumal die Straße sowieso saniert werden muss. Die Pläne der Opposition würden nicht weniger Geld kosten, weil die Zuschüsse vom Land wegfielen. Und wenn ich zwischen einem Asphaltplatz und einem Kleinen Kiel-Kanal entscheiden muss, ist der Kanal charmanter. Es gab ihn früher, die Altstadt wird wieder zur Insel, und diese Wiederherstellung finde ich attraktiv. Viele Menschen in Kiel finden das gut.

Gegenwind: Kannst Du die Kritik am Zentralbad verstehen? Es wird ja befürchtet, es würde zu teuer und für viele nicht mehr gut erreichbar.

Lydia Rudow: Nein, die Kritik verstehe ich nicht. Ich finde die Idee super, an der Hörn genau zwischen Ostufer und Westufer ein zentrales Bad zu bauen, wo alle Kielerinnen und Kieler zum Schwimmen hinfahren können, das die Spaltung von West- und Ostufer aufhebt und modern gestaltet ist, mit einem großen Becken auch für Wettkämpfe, und durch den Hubboden barrierefrei ist. Kiels Schwimmbäder sind sehr sanierungsbedürftig, das Lessingbad musste bereits geschlossen werden – ein Neubau nach neusten Standards rechnet sich. Wir stellen damit sicher, dass die Kinder in Kiel auch zukünftig Schwimmen lernen können. Natürlich muss man darauf achten, dass sich alle den Eintritt leisten können. Das ist eine

politische Frage, wir werden uns dafür einsetzen, dass die Eintrittspreise auf einem bezahlbaren Niveau bleiben.

Gegenwind: In der Kooperationsvereinbarung steht, über den Flughafen sind wir uns nicht einig. Wie geht es da weiter? Kommt irgendwann ein großer Knall mit der SPD, oder stirbt der Flughafen jetzt einen langsamen Tod?

Lydia Rudow: Zum großen Knall wird es nicht kommen. Es ist klar, dass wir unterschiedliche Positionen haben. Ich fand es gut und ehrlich, dass wir das so in der Vereinbarung haben, da gibt es keinen Gewinner und keinen Verlierer, wir sind uns nicht einig. Wir gehen rational argumentativ und nicht ideologisch an die Sache. Wir sind der Meinung, dass die Zahlen dafür sprechen, dass sich der Flughafen nicht rentiert und dass Kiel besser mit dem Hamburg Airport fährt. Statt jedes Jahr zwischen 500.000 und 800.000 Euro reinzustecken, kann man besser ein Wohn- und Gewerbequartier entwickeln. Die SPD hat eine andere Auffassung, deshalb geben wir ein Gutachten in Auftrag, das abwägen soll, welches Szenario regionalwirtschaftlich die besten Effekte für die Landeshauptstadt hat. Dann müssen wir das Ergebnis bewerten, ob mehr Gründe für oder gegen den Flughafen sprechen. Ich bin zuversichtlich, dass wir sachlich zu einer Lösung kommen.

Gegenwind: Wie geht es weiter mit der Stadtrationalbahn?

Lydia Rudow: Für die Stadtrationalbahn haben wir im Haushalt Mittel eingestellt, so dass eine Entwurfsplanung durchgeführt werden kann. Die Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde haben jetzt Mehrheiten, dass sie sich auch positiv positionieren werden. Mit der Entwurfsplanung werden wir nach jahrelanger Diskussion jetzt konkret werden: Wo sind mögliche Streckenverläufe? Wie teuer ist es aktuell? Auf Grundlage dieser Planung geht es dann in die Umsetzung.

Gegenwind: Welche anderen Projekte sind den Grünen in diesem Jahr wichtig?

Lydia Rudow: Der Bau des Zentralbades soll jetzt beginnen. Das neue Kraftwerk ist ein wichtiges und für Kiel zentrales Projekt. Über den Kleinen Kiel-Kanal sprachen wir schon. Das Schloss-Quartier ist wichtig: Wir wollen wieder mehr Wohnen in der In-

nenstadt ermöglichen. Das Schulbauprogramm geht weiter, Schulen, Sporthallen und Mensen werden saniert. Dann gibt es auch kleine Projekte, die uns genauso wichtig sind. Wir wollen einen höheren Anteil von Bio-Essen in den Schul-Mensen. Wir entwickeln ein Konzept, wie leerstehende Gebäude zwischengenutzt werden können, zum Beispiel von Kulturschaffenden oder Projektgruppen. Wir arbeiten an einem Bienen-Aktionsplan, um auch in der Stadt eine bienenfreundliche Umgebung zu schaffen. Und wir ermöglichen, dass Kinder ohne Aufenthaltsstatus geimpft werden können, Frauen sollen in der Schwangerschaft betreut werden, und zwar anonym, auch das ist ein wichtiges Projekt, das jetzt konkret mit dem MediBüro umgesetzt wird.

Gegenwind: Parallel zur Oberbürgermeisterwahl wird über die Ansiedlung von Möbel-Kraft abgestimmt. Willst Du Dich da engagieren? Die grüne Basis ist ja unterschiedlicher Meinung, das Bürgerbegehren wurde unter anderem von einem ehemaligen Fraktionsmitglied initiiert, aber die Fraktion hat für die Ansiedlung gestimmt.

Lydia Rudow: Wir haben für das Projekt gestimmt, aber es ist natürlich kein zentrales grünes Projekt. Es gibt auch kritische Stimmen und für beiden Seiten Argumente. Uns haben die Argumente dafür eher überzeugt. Wir hatten damit aber Bedingungen verknüpft. Die Flächenversiegelung muss möglichst gering gehalten werden, der Artenschutz muss eingehalten werden. Unter diesen Gesichtspunkten finde ich die Realisierung dieses Projektes gut, aber ich werde nicht auf die Straße gehen und für Möbel-Kraft Werbung machen. Das ist eine Sache des Unternehmens, das sich ansiedeln will. Ich werde aber auch nicht gegen Möbel Kraft auf die Straße gehen. Ich finde es gut, dass die Entscheidung in der Hand der Bürgerinnen und Bürger liegt, auch wenn es im Rat eine große Mehrheit dafür gab. Die Argumente sind ausgetauscht, und es wird sich zeigen, was die Mehrheit der Bevölkerung will. Wir Grünen können mit beiden möglichen Ergebnissen beim BürgerInnenentscheid sehr gut leben.

Gegenwind: Vielen Dank.

Axel Hilker, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Plöner Kreistag

Gegenwind: Wie war das Wahlergebnis der Kommunalwahl? Warst Du damit zufrieden?

Axel Hilker: Wir hatten als Plöner Kreisverband das beste Wahlergebnis aller Zeiten und sind nun in 14 Gemeindevertretungen vertreten, und wir sind sehr stark im Plöner Kreistag. Wir haben unser Kreiswahlergebnis um über 6 Prozent auf 15,2 Prozent steigern können, das ist das beste Ergebnis der Flächenkreise und auch der größte Zuwachs. Damit können wir also sehr zufrieden sein. Eine Zahl macht den Erfolg besonders deutlich: es gab in der letzten Wahlperiode im ganzen Kreis 13 grüne kommunale Mandate inklusive der Kreistagsfraktion, wir haben jetzt 50, mit den ganzen Bürgerlichen Mitgliedern dürften es über 80 sein

Gegenwind: Wie sind im Kreistag die Mehrheiten? Gibt es feste oder wechselnde Mehrheiten?

Axel Hilker: Wir hatten in der letzten Wahlperiode, nachdem die CDU ihre absolute Mehrheit verloren hatte, zwar wechselnde Mehrheiten, aber in den entscheidenden Punkten gab es faktisch immer eine große Koalition aus CDU und SPD. Im neuen Kreistag haben sich die Mehrheiten neu sortiert. Wir haben sieben Fraktionen, das macht die Lage sehr unübersichtlich. Wir haben es aber geschafft, mit der SPD und einer der Wählergemeinschaften, der „Freien Wählergemeinschaft Kreis Plön“, eine feste Kooperation zu schließen. Mit dieser Kooperation fehlt uns eine Stimme zur absoluten Mehrheit, das ist sicherlich ein Sonderfall, wir haben uns aber entschieden, quasi als „Kristallisationskern der Guten“ gemeinsam Mehrheiten zu suchen und zu organisieren.

Gegenwind: Redet Ihr mit allen anderen? Oder wie ist die Stimmung im Kreistag? Theoretisch kann es ja immer eine Mehrheit gegen die Kooperation geben.

Axel Hilker: Eine große Koalition geht immer, wie in fast allen Parlamenten. Wir haben intensive Verhandlungen in alle Richtungen geführt, denn Schwarz-Grün wäre als Zweierkooperation auch möglich und parlamentarisch viel einfacher gewesen.

Die Verhandlungen mit der CDU sind auch ernsthaft geführt worden, aber aufgrund der größeren inhaltlichen Gemeinsamkeiten haben wir uns letztlich doch für die Kooperation mit SPD und FWG entschieden. Aus solchen Verhandlungen erwächst eine kollegiale Grundhaltung, auch zur CDU, auch wenn man inhaltlich anderer Auffassung ist. Wir gehen konstruktiv mit allen Fraktionen um, versuchen immer, Mehrheiten in alle Richtungen zu organisieren, aber erst mal ausgehend von unserer Kooperation.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Landrätin und zur Verwaltung? Arbeiten die mit allen Fraktionen im Kreistag gut zusammen?

Axel Hilker: Die Landrätin Stephanie Ladwig ist vor zweieinhalb Jahren auch mit den Stimmen der Grünen gewählt worden. Sie hat einen Kulturwandel eingeleitet. Der vorherige Landrat Dr. Gebel hat sehr selbstherrlich agiert, war auch kein Freund der Grünen. Mit Frau Ladwig, die parteilos ist, aber der Kooperation inhaltlich sehr nahe steht, haben wir eine Landrätin, die frischen Wind in den Laden gebracht hat und mit der auch eine moderne Verwaltungsführung Einzug gehalten hat. Seither sind wir mit der Verwaltung sehr zufrieden.

Gegenwind: Was sind aus grüner Sicht die wichtigsten Themen für diese Wahlperiode? Bist du optimistisch, das auch mit einer Minderheiten-Kooperation durchzusetzen?

Axel Hilker: Ein Schwerpunkt ist die Stadtregionalbahn, dazu kommen wir ja gleich. Die SRB war für uns einer der entscheidenden Punkte im Wahlkampf und in der Kooperationsvereinbarung. Ansonsten ist der Kreis Plön davon geprägt, dass die Bevölkerungsschwerpunkte sehr auf Kiel bezogen sind, dafür wollen wir Antworten geben, insbesondere in der Verkehrspolitik. Wir haben aber auch ländliche Räume, die eher touristisch orientiert sind.

Die Grünen sehen es als ihre Aufgabe an, die Energiewende im Kreis Plön deutlich voranzubringen.

KOMMUNAL



**„Wir wollen
als »Kristallisationskern
der Guten«
gemeinsam
Mehrheiten
suchen“**

Das hat sehr viele Aspekte, unter anderem was die energetische Gebäudesanierung angeht. Wir würden gerne die Wirtschaftsförderung zu einer Energieagentur weiter entwickeln und sehen darin auch große Chancen für unsere lokale Wirtschaft. Wir wollen die Kraft-Wärme-Kopplung und die Nahwärmenetze voranbringen. Eben alles, was mit der Energiewende zu tun hat und was man in der kommunalen Zuständigkeit bewegen kann.

Der zweite Schwerpunkt: Der Kreis Plön muss sich überlegen, wie er als Tourismusstandort und Teil der Holsteinischen Schweiz zukunftsfähig bleibt. Unser Gedanke ist, dass wir den Kreis Plön zu einem Naturerlebnisraum für die Metropolregion Hamburg weiterentwickeln, auch über den ÖPNV und den Schienenverkehr, Stichwort Bahnstrecke Neumünster - Ascheberg. Der große Pool an Städtern, der direkt vor unserer Haustür wohnt, soll den Kreis Plön als sein Naherholungsgebiet entdecken.

Gegenwind: Kommen wir zur Stadtregionalbahn. Für einen Kreistag ist das ein ungewöhnlich großes Projekt. Wie wird das bei Euch im Kreis diskutiert?

Axel Hilker: Wir als grüner Kreisverband Plön haben die Stadtregionalbahn zu einem unserer Wahlkampf-schwerpunkte gemacht und setzen uns dafür ein, dass dieses Projekt realisiert wird. Wir haben es auch in den Kooperationsverhandlungen zum zentralen Punkt gemacht. Letztlich war es die Weigerung der CDU, das Projekt zu unterstützen, die eine Kooperation mit der CDU unmöglich gemacht hat. In der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung steht es jetzt zur Entscheidung an, ob sich der Kreis Plön an der Planungsgesellschaft und an der Vorwurfsplanung beteiligt. Wir bemühen uns als Grüne, dass der Kreis Plön Teil dieser gemeinsamen Linie der Gebietskörperschaften wird. Kiel hat sich schon klar positioniert, Rendsburg-Eckernförde braucht noch Bedenkzeit. Aber wenn wir drei zusammen sind, dann kriegen wir auch das Land überzeugt.

Gegenwind: Wohin orientiert sich der Kreis insgesamt? Du hast die Metropolregion angesprochen, die

Stadtregionalbahn und den Kiel-Bezug, es gibt auch Diskussion zum Zusammenschluss mit Ostholstein. Haben die Grünen eine Linie oder werden alle drei Richtungen verfolgt?

Axel Hilker: Die Kreisdebatte steht derzeit nicht auf der Tagesordnung. Wir haben uns in den letzten Jahren intensiv damit auseinandergesetzt und uns immer für einen Regionalkreis Kiel eingesetzt, weil das den Anforderungen auch am ehesten gerecht werden würde. Man muss sehen, dass wir zur Metropolregion Hamburg kaum Beziehungen haben, viel wichtiger sind die täglichen Pendlerbeziehungen nach Kiel. Das betrifft Berufspendler wie auch die Ausbildung, Einkaufen, Kultur und so weiter. Deswegen ist auch die Regelung dieser Stadt-Umland-Beziehung entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Plön. Da spielt die Stadtregionalbahn eine wichtige Rolle. Und dazu kommt der zweite Punkt, wie schaffen es die ländlichen Räume, attraktive Tourismus-Standorte zu bleiben?

Gegenwind: Kannst Du zu den Projekten der Energiewende und zur Stadtregionalbahn beschreiben, wie die Grünen im Kreistag Mehrheiten organisieren? Werden kleine Fraktionen überzeugt mitzustimmen? Oder macht Ihr auch Tauschgeschäfte mit anderen?

Axel Hilker: Wir haben eine feste Kooperationsvereinbarung geschlossen, wohl wissend, dass wir damit noch nicht die absolute Mehrheit erreichen. Wir haben eine Stimme unter dem Durst. Die Kooperationsvereinbarung ist einerseits inhaltlich, wir haben uns ein Arbeitsprogramm gegeben, das wir in den nächsten Jahren abarbeiten wollen, und das ist einvernehmlich. Zum anderen ist die Vereinbarung organisatorisch, wir haben dort die üblichen Regeln einer Koalition festgeschrieben. Es gibt nur gemeinsame Anträge, nur gemeinsame Pressearbeit, und es wird auch nur gemeinsam abgestimmt. Von daher wird zunächst einmal innerhalb der Kooperation, also mit SPD und FWG versucht, zu jedem Antrag, den andere stellen, eine gemeinsame Linie zu finden, und selbst auch nur gemeinsam zu agieren.

Gegenwind: Welche anderen Fraktionen kann man für die eigenen Projekte gewinnen, und wie macht Ihr das konkret?

Axel Hilker: Wir machen das themenbezogen. Wir sind nicht erst seit gestern im Kreistag und kennen zu vielen Themen die Positionen anderer, kleinerer Fraktionen. Die CDU ist im Augenblick unzugänglich, sie übt sich gerade in eine Oppositionsrolle ein und ist nicht verhandlungsbereit. Von den anderen Fraktionen wissen wir meistens, wie sie sich zu einem bestimmten Punkt positionieren werden, und sprechen diese Fraktionen dann gezielt an.

Gegenwind: Funktioniert es so, wie Ihr es Euch gedacht habt, dass es keine Mehrheit gegen Euch gibt?

Axel Hilker: Wir haben jetzt ein halbes Jahr Erfahrung. Das ist auf kommunaler Ebene nicht viel, es haben erst drei Kreistage stattgefunden. In den Ausschüssen haben wir zahlenmäßig immer die Mehrheit, das ist gerade für uns Grüne eine völlig neue Erfahrung. Ich bin jetzt das dritte Mal dabei, und fünf Jahre absolute CDU-Mehrheit, fünf Jahre große Koalition, da ist es schon eine neue Erfahrung, dass man auf einmal immer die Mehrheit hat, immer mit bestimmen kann. Im Kreistag sind die Mehrheiten etwas komplizierter, und da haben wir durchaus schon erlebt, dass wir mit unseren Anträgen nicht durchgekommen sind. Aber im Großen und Ganzen klappt es.

Gegenwind: Wir funktioniert der grüne Austausch mit den Nachbarfraktionen? Gibt es einen regelmäßigen Austausch mit Kiel, Ostholstein, Segeberg? Oder passiert das nur themenbezogen?

Axel Hilker: Es gibt jetzt auf Einladung der Kieler grünen Ratsfraktion ein regelmäßiges Treffen zur Stadtregionalbahn, weil das tatsächlich ein Thema ist, dass man nur gemeinsam in Absprache weiterbewegen kann. Ansonsten sehen wir uns bei Veranstaltungen, die der Landesverband oder die Landtagsfraktion organisiert.

Gegenwind: Vielen Dank.

Monika Obieray, Fraktionsvorsitzende der Grünen Ostholstein

Gegenwind: Wie war das Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen? Wart Ihr damit zufrieden?

Monika Obieray: Das Wahlergebnis bei den letzten Kommunalwahlen war das beste, das wir jemals hatten. Wir sind jetzt mit sieben Mitgliedern im Kreistag vertreten. Und in sämtlichen Gremien sind wir vertreten, in denen wir vorher nicht drin waren. Es war also sensationell gut. Zum ersten Mal haben wir auch erreicht, dass wir in allen Ausschüssen mit zwei Personen vertreten sind, was vorher nicht der Fall war. Und, was noch besser ist, wir haben mit der CDU zusammen die Mehrheit.

Gegenwind: Ist das eine feste Zusammenarbeit mit der CDU auf der Basis einer Vereinbarung oder ist das von Fall zu Fall?

Monika Obieray: Das haben wir uns sehr stark überlegt und natürlich auch sehr ausführlich diskutiert. Denn das war nicht unser Traumziel. Unser Ziel war ja eigentlich, eine rot-grüne Mehrheit hinzukriegen. Das funktioniert im Kreistag Ostholstein nicht, weil es stimmenmäßig nicht reicht. Und die freien Wähler, die dort sonst noch eine Rolle spielen, sind zu unberechenbar, so dass das keine Option ist. Deswegen haben wir uns dann entschlossen, den Versuch einer etwas festeren Kooperation zu wagen, nach dem Modell Nordfriesland. Wir haben uns dort schlaue gemacht, denn die machen das ja schon etwas länger. Wir machen es allerdings nicht mit der FDP zusammen, sondern nur mit der CDU. Wir versuchen es jetzt seit einem guten halben Jahr, und es klappt erstaunlich gut. Die Zusammenarbeit ist aber insofern offen, als wir uns nur auf bestimmte Themen verständigt haben, wo das geht, auf andere Themen nicht. Und es ist beiden Partnern bewusst, dass man es auch wieder aufkündigen kann. Insofern probieren wir es jetzt aus.

Gegenwind: Ist es möglich, bei einzelnen Fragen gegeneinander zu stimmen? Oder ist dann die Zusammenarbeit beendet?

Monika Obieray: Überhaupt nicht, wir haben auch schon gegeneinander gestimmt. Der Unterschied zu früher

ist, dass wir uns vorher informieren, so dass jeder auch die Möglichkeit hat zu reagieren. Es ist beiderseitig. Wir haben in die Vereinbarung reingeschrieben, dass der Haushalt gemeinsam verabschiedet werden soll, aber schon da trat der Punkt auf, dass einige von uns das nicht so wollten, und zwar in der Frage der Kreisumlage. Und da haben wir tatsächlich eine Verständigung erzielt, und zwar zur beiderseitigen Zufriedenheit.

Gegenwind: Wie ist sonst das Klima im Kreistag? Reden alle mit allen?

Monika Obieray: Grundsätzlich reden alle mit allen. Wobei es einzelne Kreisvertreter gibt, wo das nicht funktioniert. Aber ich glaube, das ist nichts Besonderes. Wir reden selbstverständlich auch weiterhin mit der SPD, denn es ist nicht unser Ziel, uns abzugrenzen, sondern wir haben für uns entschieden, dass eine Absprache von Fall zu Fall nicht so günstig ist, weil sie keine Planung ermöglicht. Eines unserer ganz großen Ziele ist zum Beispiel, eine stärkere Haushaltssteuerung hinzukriegen, und das ist ein äußerst kompliziertes Unterfangen, da muss man sich wirklich intensiv vorbereiten und auch mit der Verwaltung zusammenar-

beiten. Da haben wir zum Beispiel bei der SPD gar kein Verständnis dafür gefunden. Wir sitzen jetzt mit der CDU in einer Arbeitsgruppe und versuchen, das auf den Weg zu bringen.

Gegenwind: Wie ist generell das Verhältnis zur Verwaltung und zum Landrat?

Monika Obieray: Da sind wir in einer günstigen Ausgangsposition, weil Landrat Sager 2016 wiedergewählt werden will. Dafür braucht er unsere Stimmen. Die CDU hätte das gerne im Kooperationsvertrag drin gehabt, das

haben wir aber nicht reingeschrieben. Wir sind am Diskutieren, wie wir damit umgehen.

Gegenwind: Was sind die wichtigsten Themen, die die Grünen umsetzen wollen?

Monika Obieray: Ganz oben steht natürlich für uns, Ostholstein zu einem Klimaschutzkreis zu machen. Denn da liegen wir noch hinten gegenüber anderen Kreisen. Bei uns kommt jetzt gleichzeitig das heiße Thema 380-Kv-Leitung. Außerdem haben wir auch noch die Hinterland-Anbindung für die feste Fehmarnbelt-Querung. Und



„Wir probieren es jetzt mit der CDU“

wir wollen die Windenergie ganz gewaltig ausbauen. Das heißt wir haben drei Großprojekte in einem relativ kleinen Flächenkreis, die einen ungeheuren Landschaftsverbrauch und eine Zersiedelung bewirken, ganz abgesehen von Lärmbelastung und der 380-kV-Belastung. Da haben wir jede Menge zu tun.

Das ist unser absolutes Schwerpunktthema. Und als Zweites haben wir uns vorgenommen, uns dem Thema Migration stärker zu widmen, weil das natürlich auch bei uns eine Rolle spielen wird. Außerdem wollen wir den ländlichen Raum attraktiv halten, da fällt noch ein ganzes Bündel von Themen mit drunter. Es geht um Jugendfreundlichkeit oder den ÖPNV zum Beispiel.

Gegenwind: Kannst Du zur Fehmarnbeltquerung die wesentlichen Streitpunkte nennen?

Monika Obieray: Die Grundhaltung der Grünen hat sich ja nicht verändert. Wir haben die feste Fehmarnbeltquerung immer abgelehnt. Diese Haltung haben wir immer noch. Wir haben intensiv diskutiert, ob wir uns deswegen als reine Opposition verstehen und gar nicht weiter mitreden. Wir haben aber gesagt, das ist nicht zielführend. Wir müssen auch im Rahmen der Hinterlandanbindung Stellung nehmen zu den Planungen, was aber nichts daran ändert, dass die grundsätzliche Ablehnung bestehen bleibt, weil wir nach wie vor nur sehen, dass Ostholstein ganz viel opfern muss dafür, dass anderswo manche Dinge wirtschaftsfreundlicher laufen. Die Haltung verlassen wir auch nicht, aber wir sehen auch, dass wir eine Schadenbegrenzung im Hinterland versuchen müssen.

Gegenwind: Da ist ja eher die SPD Euer Partner und nicht die CDU. Klappt es trotzdem mit der Zusammenarbeit?

Monika Obieray: Wir haben das überhaupt nicht in unsere Vereinbarung mit reingenommen, weil klar ist, dass wir uns da nicht einig sind. Es gibt aber erstaunlicherweise dann in Detailfragen doch wieder Deckung, denn selbstverständlich haben die ihre Landwirte im Nacken, die auch gegen den Flächenverbrauch sind, das ist

wieder ein Anliegen dort. Das heißt, sich über Bündelungen zu unterhalten, also die Planungen der Windräder, der 380-kV-Leitung und so weiter, darüber sprechen, wo kann man das vernünftig machen, wo sind Ausgleichs möglich, das geht wiederum. Das schwierigste Thema ist die Hinterlandanbindung, das bleibt auch so.

Gegenwind: Wie läuft im Moment die Diskussion über die 380-kV-Leitung?

Monika Obieray: Das fängt ja jetzt erst richtig an. Schließlich ist dieser Beschluss gerade erst gekommen von der Bundesnetzagentur. Darauf bereiten wir uns jetzt intensiv vor. Das werden wir auch versuchen, ein Stück weit gemeinsam zu machen, denn da sind die Interessen durchaus identisch.

Gegenwind: Welche Interessen sind das?

Monika Obieray: Wir wollen die 380-KV-Leitung, nachdem wir ja auch von unserer Landesspitze hören, dass sie gewollt ist und dass sie für notwendig gehalten wird. Deshalb teilen wir nicht diese Position der SPD in Ostholstein, die ja sagt, eine Ertüchtigung der alten Route reicht ja vielleicht auch. Wir schließen uns da Robert Habeck an und seiner Staatssekretärin, Ingrid Nestle, die ja davon ausgehen, dass es notwendig ist. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite wollen wir natürlich die Belastungen so weit wie es irgend geht minimieren, und in diesen Prozess wollen wir auch die Menschen mit einbeziehen, wie das in Nordfriesland ja ganz gut gelungen ist. Das sind jetzt unsere Zielsetzungen.

Gegenwind: Was macht Ihr im Bereich Klimaschutz? Und mit wem zusammen?

Monika Obieray: Das machen wir mit der CDU zusammen, die daran auch erstaunlicherweise außerordentliches Interesse hat. Und sogar echtes Interesse. Das mag davon rühren, dass Landrat Sager auch nicht mehr so umständlich sein kann, wenn er Präsident des Landkreistages werden will. Da muss sich ja was entwickeln, das kommt uns entgegen. Und wir sind dabei, ein Klimaschutzkonzept zusammenzuschreiben, das auf der Kreis-

ebene Aufgaben beackert, die die Kommunen eher nicht so machen können, also die übergreifenden Aufgaben. Denn Klimaschutz ist ja erst mal auch in den Kommunen direkt angesiedelt und kann dort in manchen Feldern ja auch besser beackert werden. Wir haben natürlich Fördergelder beantragt und werden jetzt ein Konzept erarbeiten, das ist jetzt alles auf dem Weg.

Gegenwind: Was wollt Ihr auf dem Gebiet Migration machen?

Monika Obieray: Bei uns sind die Zahlen noch nicht so hoch bisher, wir sind ja ein ländlicher Kreis. Aber sie nehmen gewaltig zu. Und gleichzeitig haben wir eine Entwicklung, dass Schülerzahlen enorm zurückgehen und in einigen Bereichen im ländlichen Raum auch sehr bald an den Schulen fühlbar werden wird. Wir wollen versuchen, bei den Zuweisungen, die jetzt auch kommen für uns, auch zu schauen, was kann man sinnvoll machen, wie kann man sie vernünftig verteilen, Integration betreiben, so dass alle etwas davon haben und wir dann auch diese kulturellen Chancen, die sich da entwickeln, dass wir die auch vermitteln können. Denn da muss man auch viel arbeiten.

Gegenwind: Wie arbeitet Ihr mit anderen grünen Fraktionen zusammen?

Monika Obieray: Wir versuchen den Austausch, so weit es immer geht. Das hält sich wie überall sonst auch in zeitlichen Grenzen, weil man es einfach nicht schafft. Wir haben aber eine ganze Reihe Kreistagsabgeordneter, die auch Stadtvertreter sind, ich zum Beispiel auch in Eutin, in der Kreisstadt. Und insofern ergeben sich auch Synergien, wir können Dinge transportieren. Aber das ist auch ein Feld, wo man immer dranbleiben muss, das macht einfach viel Arbeit.

Gegenwind: Vielen Dank!

Thorsten Fürter, grüner Fraktionsvorsitzender in der Lübecker Bürgerschaft

Gegenwind: Wir war das Ergebnis der Kommunalwahl? Warst Du damit zufrieden?

Thorsten Fürter: Ja, wir waren alle hochzufrieden! Wir haben 16,5 Prozent geholt und damit das beste Ergebnis, das wir je bei einer Kommunalwahl hatten. Insgesamt hat es leider für Rot-Grün knapp nicht gereicht. Bei den Stimmen hatten wir eine Mehrheit von etwas über 50 Prozent. Aber das Wahlrecht begünstigt kleine Fraktionen. Dadurch haben wir in der Bürgerschaft selbst keine Mehrheit und brauchen die Freien Wähler dazu.

Gegenwind: Gibt es in der Bürgerschaft feste Mehrheiten, die Vereinbarungen haben, oder wechselnde Mehrheiten?

Thorsten Fürter: Wir haben eine Kooperation mit der SPD und den Freien Wählern geschlossen, die sehr eng ist. Wir stimmen uns gemeinsam ab und versuchen stärker als früher üblich auch die Verwaltung immer mit ins Boot zu holen. In Lübeck haben Verwaltung und Bürgerschaft nach meiner Beobachtung immer sehr unabhängig voneinander agiert. Unser Anspruch ist es, sich stärker miteinander abzustimmen.

Gegenwind: Wie steht es eigentlich um die Zusammenarbeit mit der Linken?

Thorsten Fürter: In der letzten Periode war Lübeck Vorreiter für ein rot-rot-grünes Bündnis. Bei den Lübecker Grünen gab es dazu eine große Bereitschaft. Trotzdem führte das am Ende bei den Haushaltskonsolidierungen, beim Versuch die Mittel aus dem Konsolidierungsfonds des Landes zu erhalten, zu Schwierigkeiten. Wir stimmten in vielem überein, aber man muss auch die Bereitschaft mitbringen, bestimmte Daten anzuerkennen. Darüber ist die alte Kooperation von Rot-Rot-Grün geplatzt. Deswegen hat es diesmal keine Versuche gegeben, das wieder aufleben zu lassen. Wir als Grüne wünschen uns natürlich, dass bei den Linken ein Umdenken einsetzt, gerade auch im Hinblick auf eine Zusammenarbeit auf Bundes- oder auch Länderebene. Es ist kein guter Zustand, dass solche Bündnisse immer wieder an Fragen der Haushaltskonsolidierung

scheitern. Die Möglichkeit zum Geld drucken haben wir in Lübeck nicht, mittlerweile nicht einmal mehr in Deutschland. Wer das anerkennt, wird auch wieder bündnisfähig.

Gegenwind: Wie ist das Klima in der Bürgerschaft? Reden alle mit allen? Oder gibt es eine Blockbildung, stimmt Ihr durch?

Thorsten Fürter: Irgendwas dazwischen. Wir haben schon eine feste Kooperation und planen die Bürgerschaftssitzungen gemeinsam. Aber wir wollen keine Anträge ablehnen, nur weil sie von den „Falschen“ kommen. Wenn die Linke oder die FDP oder wer auch immer was beantragt und wir sehen, das ist sinnvoll, dann wird Rot-Grün das auch mittragen. Es ist nicht so wie im Landtag, aber wir wollen als Kooperation zusammen bleiben, es ist kein freies Spiel, wo jeder guckt, was er macht.

Gegenwind: Jetzt gilt der Bürgermeister in Lübeck als sehr eigenständig, er macht seine Sachen selbst. Wie klappt die Zusammenarbeit mit der Verwaltung?

Thorsten Fürter: Der Bürgermeister muss sich jetzt anders verhalten. Und das passiert auch. Wir hatten gerade Haushaltsberatungen und vorher eine Klausur in der Kooperation, in der wir auch den Haushalt mit dem Bürgermeister zusammen besprochen haben. Das hat gut funktioniert. Wir werden diese Abstimmung zwischen Verwaltung und Bürgerschaftsmehrheit weiter ausbauen.

Gegenwind: Was sind aus grüner Sicht die wichtigsten Themen, die jetzt anstehen?

Thorsten Fürter: Auch wenn es kein klassisches grünes Thema ist, ist es in Lübeck die Haushaltssituation, die sehr schwierig ist. Es ist natürlich kein

KOMMUNAL



„Wir wollen keine Anträge ablehnen, nur weil sie von den »Falschen« kommen.“

Thema, das uns Spaß macht, sondern einfach ein Problem, das wir lösen müssen. Dann geht es um Verkehrspolitik, zum Beispiel die weitere Verkehrsberuhigung und den Aufbau einer S-Bahn. Wir haben eine andere Situation als in Kiel. Es geht nicht darum, eine neue Bahn zu bauen, bei uns sind die Gleise und fast alle Stationen bereits heute vorhanden. Was noch fehlt, ist der darauf aufbauende S-Bahn-Betrieb mit einer festen Zugtaktung.

Wichtig sind für uns der weitere Ausbau der Kinderbetreuung und die Beteiligung der Bürger an demokratischen Prozessen, zum Beispiel auch über das Internet.

Gegenwind: Es gab ja eine Bürgerbeteiligung, deren Ergebnis den Grünen nicht so gefallen hat. Es gibt um Ausbau oder Schließung des Flughafens. Wie kommt Ihr damit jetzt zu recht?

Thorsten Förter: Der Flughafen ist an einen Investor verkauft und das ist für uns in Ordnung, denn dadurch ist der Verlustbringer raus aus dem Haushalt. Allerdings war uns die Mitgift zu hoch, denn wir mussten noch ein paar Millionen dazu geben. Wir stellen uns jetzt nicht hin und wollen Recht behalten und hoffen, dass der Flughafen möglichst bald geschlossen wird. Da dort Menschen in Lohn und Brot stehen, wäre das eine unverantwortliche Haltung. Auf der anderen Seite sehen wir die wirtschaftlichen Perspektiven sehr kritisch. Bisher sieht es so aus, als sollten die Skeptiker recht behalten. Ryanair zieht sich Stück für Stück zurück. Neue Flugverbindungen werden nicht an Land gezogen. Politisch gilt für uns: Es gibt keine weiteren Zuschüsse durch die Stadt. Das steht auch im Kooperationsvertrag. Wenn jetzt der Investor, Herr Amar, anklopfen und um einen Verlustausgleich durch die Stadt bitten würde, dann gibt es dazu die klare Aussage im Kooperationsvertrag: Es gibt keinen Cent.

Gegenwind: Was würde in diesem Fall mit dem Flughafen passieren?

Thorsten Förter: Wenn der Investor das nicht mehr betreiben kann, weil es sich nicht mehr lohnt, dann

wird das unweigerlich dazu führen, dass der Flugbetrieb eingestellt wird.

Gegenwind: Es gibt ein anderes Streitthema, das ist das Baugebiet unter dem Titel „Hafenschuppen“. Nah der Innenstadt sollen historische Gebäude abgerissen und etwas Neues gebaut werden. Wie stehen die Grünen dazu, welches Verhältnis habt Ihr zu den Bürgerinitiativen?

Thorsten Förter: Die Entscheidungen waren ja zum Zeitpunkt der Bürgerschaftswahl fast eingetütet. Es sind ja immer mehrere Schritte, die solch ein Bauvorhaben durchläuft, und bis auf den letzten Schritt war schon alles fertig. Trotzdem hatten wir den Mut, im Wahlkampf zu sagen: „Wir wollen das stoppen.“ Das hat uns viel Kritik von Wirtschaftsverbänden und der SPD eingebracht. Ihr könnt nicht etwas, das schon so weit fortgeschritten ist, noch stoppen, hieß es. Aber wir fanden es wichtig und wir haben es gestoppt, zusammen mit der CDU. Jetzt wollen wir, dass die städtebauliche Entwicklung auf der Wallhalbinsel weiter geht. Wir haben nun ein Zeitfenster von noch knapp zwei Jahren, in der sich Alternativprojekte entwickeln können. Wir hoffen, dass das gelingt, und sind im Gespräch mit denen, die das jetzt entwickeln. Herr Engholm beispielsweise hat angekündigt, dass er sich in diese Initiative einbringen will. Wir unterstützen das politisch und hoffen, dass bald auch Ergebnisse vorgelegt werden, damit wir die Hafenschuppen erhalten können.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur SPD? In der vorigen Wahlperiode hattet Ihr das Problem, dass die SPD irgendwann die Kooperation beendet hat, um für den Rest der Periode eine kurze Kooperation mit der CDU zu starten. Droht so etwas jederzeit wieder? Oder läuft es gut?

Thorsten Förter: Meine Prognose ist, dass es für fünf Jahre stabil bleibt. Wir haben in Lübeck immer wieder instabile politische Verhältnisse gehabt. Ich glaube, dass die, die jetzt zusammenwirken, wirklich den festen Willen zur Zusammenarbeit haben, auch für fünf Jahre. Natürlich gibt es politische Probleme, immer mal wieder, die müssen gemeinsam diskutiert werden. Aber ich sehe nicht, warum das scheitern sollte. Denn die Probleme die anstehen, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung, verlangen, dass man verlässlich zusammenarbeitet und nicht bei jeder

Gelegenheit auseinander läuft. Ich bin sehr froh, dass die Haushaltskonsolidierung nicht unter der Machtbeteiligung der CDU betrieben wird, sondern von einem „mitte-links“-Bündnis. Das gewährleistet den Erhalt sozialer und kultureller Errungenschaften.

Gegenwind: Gibt es zu Zeiten der Haushaltskonsolidierung trotzdem grüne Projekte und Initiativen, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden?

Thorsten Förter: Wir haben diesmal ganz wenige Dinge in den Kooperationsvertrag geschrieben, die Geld kosten. Das ist so. Wir planen eine digitale Offensive, also die Möglichkeit, online Verwaltungsgeschäfte zu erledigen und in die Politik einzubringen. Wir haben den Ausbau der Kinderbetreuung in den viele Haushaltsmittel fließen, das ist auch ein grünes Projekt.

Gegenwind: Wie läuft die Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen und mit den benachbarten Fraktionen der Grünen? Die Verkehrspolitik lässt sich ja ohne die Nachbarkreise kaum planen.

Thorsten Förter: Ja. Es gibt bisher wenig institutionelle Zusammenarbeit. Die Landtagsfraktion versucht das zu koordinieren, auch stärker als in den letzten Wahlperioden. Das finden wir gut, es steckt aber noch in den Anfängen und muss weiter ausgebaut werden. Wir stoßen jetzt ganz aktuell eine Vernetzung zwischen den kreisfreien Städten an, weil Städte oft ähnliche Interessenlagen haben, zum Beispiel beim Thema Finanzausgleich. Das ist geplant mit Neumünster, Flensburg und Kiel. Was konkret die Bahnfragen angeht, die Strecke von Lübeck nach Hamburg und die mögliche S-Bahn, sind wir aktuell dabei, uns auch mit den umliegenden Kreisen zu vernetzen. Denn wir können das nur mit Stormarn, dem Herzogtum Lauenburg und Ostholstein gemeinsam diskutieren.

Gegenwind: Vielen Dank.

Annedore Granz, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Herzogtum Lauenburg

Gegenwind: Wie war das Wahlergebnis der Kommunalwahl? Warst Du damit zufrieden?

Annedore Granz: Ja, wir waren damit zufrieden. Wir sind wieder mit sieben grünen Abgeordneten im Kreistag, unser Ergebnis war aber besser als davor. Es sind drei Mitglieder von der vorigen Fraktion und vier Neue dabei.

Gegenwind: Wie sind die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag? Gibt es feste Mehrheiten oder wechseln sie von Fall zu Fall?

Annedore Granz: Die Mehrheitsverhältnisse sind schwierig. Wir haben 45 Abgeordnete. Davon haben CDU und FDP 22, SPD, Grüne und ein Linker sind zusammen 22, und wir haben einen von der „Rechtsstaatlichen Liga“ im Kreistag, der dann quasi immer das Zünglein an der Waage sein kann. Das ist Herr Oelke, der war schon in der Periode davor für die NPD im Kreistag. Deshalb sind die Verhältnisse sehr schwierig. Wir versuchen von Fall zu Fall auszuhandeln, wie die Mehrheiten sind.

Gegenwind: Wie ist insgesamt das Klima im Kreistag? Können alle mit allen reden, den einen Abgeordneten ausgenommen?

Annedore Granz: Ja. Wir reden ganz offen miteinander. Wir haben auch schon interfraktionelle Anträge auf den Weg gebracht, ganz besonders im Bereich Rechtsextremismus, so dass alle Fraktionen sich da wiederfinden konnten.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zum Landrat und zur Verwaltung? Wird da offen mit allen Fraktionen zusammengearbeitet?

Annedore Granz: Man kann schon sagen, dass die Zusammenarbeit offen ist, aber trotzdem auch schwierig. Innerhalb der Verwaltung ist eine gute Zusammenarbeit da. Wenn wir Fragen haben, werden die immer schnell und umfassend beantwortet.

Gegenwind: Gibt es zwischen bestimmten Fraktionen öfter Absprachen und eine Zusammenarbeit?

Annedore Granz: Bisher nicht. Es gab jetzt gerade in der SPD-Fraktion einen Wechsel im Fraktionsvorsitz. Bisher hat es in der SPD ein bisschen geknirscht, vielleicht wird es jetzt besser. Wir wollen auf die SPD mehr zugehen.

Gegenwind: Was sind die wichtigsten Themen für dieses Jahr oder die Periode aus Sicht der Grünen?

Annedore Granz: Wir wollen auf jeden Fall im Bereich Klimaschutz und Energiewende viel machen. Wir hatten an einem Wochenende Mitte Januar einen sehr erfolgreichen Workshop innerhalb der Grünen mit der Klimaschutzbeauftragten des Kreises Stormarn, die uns viel Input gegeben hat, was wir innerhalb des Kreises machen können. Wir wollen jetzt das Klimaschutzkonzept verbessern.

Eine weitere Zielsetzung liegt im sozialen Bereich. Wir wollen aufdecken, wo Aufgaben vom Bund an die Kreise ohne Erstattung der damit verbundenen Kosten delegiert wurden. Wo wurden Mittel mitgegeben, wo sind keine Mittel gekommen? Wir brauchen dazu natürlich Zahlen von der Verwaltung. Wir engagieren uns für den Bestand unserer sozialen Beratungsstellen (Alkohol-Drogen, Schuldner, Migration,



„Die Mehrheitsverhältnisse sind schwierig“

Schwangerschaft, Frauen), deren Finanzierung bedingt durch die von den großen Parteien dominierten Konsolidierungs-Kürzungen zum Teil eklatant wegbriecht

Gegenwind: Wir wirkt sich der Finanzausgleich aus, wenn das neue Gesetz kommt? Wie steht Ihr dazu?

Annedore Granz: Das wird für den Kreis negativ sein. Wir werden weniger bekommen, auch wenn die genauen Zahlen noch nicht feststehen.

Wir stehen erst mal sehr kritisch zum FAG. Wir versuchen aber auch, die positiven Aspekte, die das FAG auch hat, herauszufinden und konkrete Vorschläge zu machen, an welcher Schraube noch gedreht werden sollte, damit die Kreise nicht völlig ins Finanzdesaster geraten. Das gilt vor allem, wenn sie Konsolidierungskreis sind. Unsere bisherigen Einsparbemühungen werden dadurch konterkariert.

Gegenwind: Ihr habt jetzt gerade Haushaltsberatungen hinter Euch

gebracht. Gibt es im Haushalt aus Deiner Sicht grüne Erfolge?

Annedore Granz: Im letzten Haushalt nicht, denn wir sind Konsolidierungskreis. Wir müssen uns an die Vorgaben halten, die wir damals alle nicht befürwortet haben. Wir haben da also wenig grüne Erfolge. Es gibt kleine Punkte im Bereich Energiewende, da kann man das eine oder andere umschichten, aber im Großen und Ganzen nicht.

Gegenwind: Was ist zum Klimaschutz in den nächsten Jahren wichtig? Mit wem im Kreistag könnten die Grünen da zusammenarbeiten?

Annedore Granz: Wichtig ist für uns, dass wir das auch interfraktionell machen wollen. Man muss sehen, die anderen Fraktionen sind beim Klimaschutz noch nicht so weit, sie haben sich noch keine bestimmten Punkte vorgenommen. Bei uns geht es um die Zusammenarbeit der Stadtwerke und deren Überlegungen im Bereich Verbesserungen zum Klimaschutz, das sind die nächsten Schritte. Wir wollen auch, dass die verschiedenen kommunalen Stadtwerke zusammenarbeiten.

Gegenwind: Wie stehen die anderen Fraktionen zu grünen Vorschlägen?

Annedore Granz: Solange sie kein Geld kosten, könnte man sie mitnehmen. Sobald finanzielle Ansprüche dahinter stehen, dann sagt die CDU immer „Nein, wir haben kein Geld.“

Gegenwind: Gibt es eine Zusammenarbeit mit grünen Kreistagsfraktionen aus der Nachbarschaft?

Annedore Granz: Wenig. Wir haben Kontakte mit der Kreistagsfraktion der Grünen Stormarn. Da wir in der Abfallwirtschaft und bei der Rettungsleitstelle zusammenarbeiten, ergeben sich die Berührungspunkte, wo auch die beiden Kreisverwaltungen zusammenarbeiten, lohnt sich auch der Austausch mit der Nachbarfraktion. Das ist eher sporadisch, nicht kontinuierlich. Wir nutzen natürlich die landesweiten Treffen der Kreistagsfraktionen. Die sind immer sehr interessant und helfen einem auch weiter.

Gegenwind: Wohin orientiert sich der Kreis? Mehr nach Lübeck, mehr nach Schleswig-Holstein, oder mehr nach Hamburg?

Annedore Granz: Mehr nach Hamburg. Ganz eindeutig, wir sind ein Hamburg-Rand-Kreis. Wir haben sehr viele Pendler, die zur Arbeit nach Hamburg orientiert sind.

Gegenwind: Was sind die nächsten Punkte, die Ihr auf die Tagesordnung des Kreistags bringen wollt? Was wollt Ihr durchsetzen?

Annedore Granz: Als nächstes steht die Stellungnahme zum regionalen Nahverkehrsplan bei uns auf der Tagesordnung. Wir haben hier einige Probleme im Bereich ÖPNV, da wir keine S-Bahn-Anbindung haben, der öffentliche Verkehr erfolgt in der Hauptsache durch Busse. Das bedeutet hohe Kosten für den Kreis. Eine optimale Abdeckung des öffentlichen Verkehrs gestaltet sich daher sehr schwierig. Ein Ziel ist es, im Bereich ÖPNV Verbesserungen für den nächsten Fahrplanwechsel hinzukriegen.

Der Kreis hat sich in den letzten drei Jahren am Bundesprogramm „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“ beteiligt. Ich finde das Engagement gegen Rechtsextremismus wichtig. Durch die Finanzierung über das Bundesprogramm sind viele, gute Projekte gefördert worden und im vergangenen Jahr ausgezeichnet worden, zum Beispiel das Projekt „Demokratie-Scouts“, bei dem zu den Kommunalwahlen von jungen Leute, für junge Leute Informationen zu den Wahlen zusammengestellt wurden. Und dann ist ein Projekt ausgezeichnet worden, das in der Asylbewerberunterkunft in Gudow angesiedelt ist. Da hat die Diakonie jetzt schon das dritte Projekt gestartet, ein Willkommen für die Zuwanderer zu initiieren. Das finde ich sehr positiv für den Kreis, das Geld kommt in den Kreis, sehr viele gute Ideen kommen in den Kreis.

Gegenwind: Liegt das auch daran, dass die Nazis mit einem Abgeordneten im Kreistag vertreten sind?

Annedore Granz: Es hat auch damit zu tun, aber wir haben seit den Brandanschlägen in Mölln den Verein „Miteinander leben“, der seit Jahren in diesem Bereich aktiv ist.

Gegenwind: Vielen Dank.

Mittelmeer



Als im Frühjahr 2011 Demonstrationen die meisten arabischen Länder erschütterten, geriet auch die Südgrenze der EU in den Blickpunkt der Medien. Denn es gab nicht nur viele Flüchtlinge, die versuchten, über das Mittelmeer die EU zu erreichen, es gab dabei auch sehr viele Tote. Dabei ist das Problem über zwanzig Jahre alt und geriet immer mal wieder in den Blickpunkt des Interesses. In diesem Heft werden die Hintergründe gezeigt. Warum verlassen Menschen ihre Heimat in Westafrika, in Ostafrika? Warum wandern sie nach Norden, nach Ägypten oder Libyen, nach Algerien oder Marokko und wagen sich auf die lebensgefährliche Überfahrt in die EU?

In der EU leben mehrere Millionen Menschen ohne Papiere. Einige Wirtschaftszweige (Ernte, Hausangestellte, Pflegekräfte) sind ohne diese Papierlosen überhaupt nicht möglich. Warum gibt es immer aufwändigere Kontrollen und militärische Operationen im Mittelmeer zur Eindämmung der Bootsflüchtlinge, obwohl nur 5 bis 10 Prozent der Flüchtlinge auf diesem Weg kommen?

Reinhard Pohl: **Mittelmeer**
2012, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

**Stefan Kehl,
Fraktionsvorsitzender der
Grünen Stormarn**

Gegenwind: Wie war das Ergebnis der Kommunalwahl? Warst Du damit zufrieden?

Stefan Kehl: Im Kreis Stormarn haben wir 16,5 Prozent bekommen, neun Abgeordnete im Kreistag. Das ist ein Rekordergebnis, so gut war es noch nie. Natürlich bin ich schwer zufrieden. Auch in den einzelnen Orten sind wir gut: In einigen Orten sind wir neu angetreten, in anderen wieder, aber alle sind gut eingeschlagen. Das beste Ergebnis war hier in Großhansdorf, letztes Mal hatten wir 23,2 Prozent, jetzt gesteigert auf 23,7 Prozent, wir sind hier zweitstärkste Kraft vor der SPD. Das ist schon die Ankunft in der Mitte der Gesellschaft.

Gegenwind: Wie sind die Mehrheiten im Kreistag? Gibt es feste Mehrheiten, also Kooperationen? Oder sind es wechselnde Mehrheiten?

Stefan Kehl: Es gibt keine Mehrheiten, es gab auch keine bisher. Wir haben das sogenannte Stormarner Modell, das heißt man redet miteinander und nicht übereinander und versucht, in den Haushalten seine Vorstellungen unterzubringen, und die anderen lassen einen auch. Natürlich in Absprache und in Abstimmung zur Größe der Fraktion. Wir konnten nie alles unterbringen, was wir wollten, aber vernünftige Kompromisse sind möglich. Die Haushalte werden normalerweise einstimmig verabschiedet, das wird hier als hohes Gut angesehen.

Gegenwind: Reden alle mit allen? Oder gibt es Bevorzugungen?

Stefan Kehl: Wir reden mit allen. Wir sitzen im Kreistag auch genau in der Mitte. Mit der SPD kommen wir natürlich eher zurande als mit der CDU, weil die in manchen Themen, zum Beispiel Frauenthemen, mauern, das gilt auch für die Einstellung eines Klimamanagers, das war sehr schwierig, den durchzusetzen. Die Linken in der letzten Wahlperiode, das waren vier, haben sich untereinander gestritten, jetzt gibt es nur noch eine, die standen meistens treu an unserer Seite. Jetzt gibt es 22 CDU, 16 SPD, wir haben 9, die FDP ist auf 3 reduziert, die sind auch von den Personen her etwas erratisch, die CDU kann mit denen auch nicht viel anfangen. Es gibt noch

eine Wählergemeinschaft aus Reinbek, die auch zwei Sitze im Kreis bekommen hat und in Fraktionsstärke hier sitzt, und eine Linke. Die Linke ist etwas außen vor, und die Wählergemeinschaft äußert sich bisher kaum.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Verwaltung und zum Landrat? Arbeitet der Landrat mit allen Fraktionen gut zusammen?

Stefan Kehl: Wir haben in unserer Fraktion ein paar Neue, die die Verwaltungsarbeit vorher gar nicht kannten. Es gibt auch Leute, die es aus ihrem Ort so kennen, dass der Verwaltung nicht zu trauen ist. Hier im Kreis ist es anders. Man kann mit dem Landrat jederzeit sprechen, der kommt auch auf Einladung in die Fraktion, das haben wir nur länger nicht gemacht, weil es nicht erforderlich war. Der Landrat selbst ist ein SPD-Mann, der aber sehr eigenständig ist. Er macht seine Sache, wie er es für richtig hält, für ihn geht Stormarn vor, unabhängig davon mit wem er etwas durchsetzt. Die Verwaltung ist sehr kooperativ, mit den Fachbereichsleitern können wir jederzeit sprechen.

Gegenwind: Welches sind aus grüner Sicht die wichtigsten Themen, die schon angegangen worden sind oder die jetzt anstehen?

Stefan Kehl: Uns quält jetzt vor allem die Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes, FAG. Da hatten wir auch unsere grüne Landtagsfraktion eingeladen zu einem Gespräch mit uns, dem Landrat und der Kämmerin. Wir halten bestimmte Dinge im Gesetzentwurf für nicht plausibel und für uns im Ergebnis für unerträglich. Stormarn muss nach dem bisherigen Plan 10 Millionen zusätzlich zu dem abgeben, was wir ohnehin immer in den Finanzausgleich packen. Und die Gemeinden zusammen auch noch mal 3 Millionen. Das ist richtig viel, das würde uns als Kreis auch zwingen, die Kreisumlage erheblich zu erhöhen, die wir in diesem Jahr um einen Punkt gesenkt haben. Mit der Konsequenz, dass die Städte und Gemeinden ihre freiwilligen Leistungen erheblich kürzen müssten. Das ist im Moment das größte Problem. Wir hoffen, dass wir unsere Landtagsfraktion überzeugen konnten, dass dies noch einmal geändert wird. Im Prinzip sind wir als stärkster Kreis in Schleswig-Holstein bereit, den anderen zu helfen, das ist klar. Das ist ja auch auf Bundesebene so: Bayern muss an Schleswig-Holstein auch

KOMMUNAL



„Der stärkste Kreis muss anderen helfen, muss aber stark bleiben können“

zahlen. Aber es muss in sich plausibel sein, und das ist es nicht. Und es muss gerecht sein, wer gute Leistungen erzielt, muss auch was für sich behalten können.

Zusätzlich haben wir das Problem, dass wir ja von Autobahnen durchzogen sind. Wir haben zusätzlich die Bahnstrecke Hamburg - Lübeck - Fehmarn. Es wird erheblich mehr Lärm auf uns zukommen. Die ganzen Belastungen der Umwelt sind hier sehr stark, und dafür wollen wir einen Ausgleich, weil wir das für Schleswig-Holstein auf uns nehmen. Wir wollen unsere freiwilligen Leistungen wie Frauenhäuser, Frau & Beruf, die Beratungsstellen, auf unseren Antrag der neue Pflegestützpunkt, Klimaschutz und Klimaschutzmanager, halten können.

Die nachhaltige Finanzpolitik ist für uns wichtig, wir wollen uns nur das leisten, was wir uns wirklich leisten können. Sonst müssten unsere Kinder das bezahlen. In Stormarn sind wir mit dem Schuldenabbau weit, in den letzten acht Jahren haben wir 40 Millionen Euro Schulden abgebaut. Wir sind jetzt auf 10 Millionen runter.

Gegenwind: Wenn Ihr grüne Projekte im Haushalt verankert, müsst ihr dann auch anderem zustimmen, was dem grünen Programm eigentlich widerspricht?

Stefan Kehl: Ja, das denkt man eigentlich. Im Moment, in den letzten Jahren kann ich mich nicht daran erinnern, dass die CDU irgend welche Dinge im Kreishaushalt hat unterbringen wollen. Die haben eigentlich immer nur abgewehrt, was wir gerne wollten. In Sachen Gestaltung kam aus der Ecke nicht viel. Und von der SPD kam bisher auch nicht sehr viel. Es ist eher so, dass wir unsere Ideen haben, und dann heißt es „nein, das wollen wir nicht“. Zum Beispiel Beratung gegen Rechtsextremismus: Vor zwei, drei Jahren war es das große Thema. Wir haben beantragt, dass das im Kreistag besprochen werden soll. Die CDU wollte nichts davon hören, fing an mit dem merkwürdigen Vergleich: Rechtsextremismus gleich Linksextremismus. Es ist das mühsame Bohren dicker Bretter, sie haben sich jetzt bereiterklärt, ein Programm aus dem Kreishaushalt zu finanzieren, das heißt

nur nicht mehr „Kampf gegen Rechtsextremismus“, sondern heißt „Demokratieaufklärung im Jugendbereich“. Es ist aber genau das gleiche, das was wir wollten. Es geht darum, was haben die Nazis im Sinn und was kann man dagegen machen.

Gegenwind: Was sind die nächsten Projekte, die Ihr angehen wollt?

Stefan Kehl: Wir wollen erst einmal versuchen, das zu halten, was wir bisher erreicht haben.. Die Beratungsstrukturen im Sozialbereich sind hier gut ausgebaut, die wollen wir erhalten. Über allem schwebt drohend das Schwert mit dem Finanzausgleichsgesetz. Wir wollen weiter Mittel für das Stormarner kommunalpolitische Frauennetzwerk, da haben sich Kommunalpolitikerinnen mit Federführung unserer frauenpolitischen Sprecherin, Sabine Rautenberg, die auch Mitglied des Kreis- und Landesvorstand ist, zusammengetan. Die Frauen kommen aus verschiedenen Parteien und Wählergruppen, die sich gegenseitig fit machen und versuchen, Frauen zu gewinnen, sich in der Kommunalpolitik zu betätigen. Die CDU wollte zuerst überhaupt nichts davon wissen, meinten, dass das auch die Parteien selbst machen könnten. Wir wollten es überparteilich, gerade für Frauen, die nicht gebunden sind. Wir haben hier etliche kleine Gemeinden, wo die Parteien gar nicht antreten, es gibt dort nur Wählergemeinschaften. Es ist ja nicht so, dass die Leute den Parteien die Bude einrennen und in der Kommunalpolitik mitmachen wollen. Im Gegenteil, man muss Leute ständig auffordern, sich zu beteiligen.

Die Grünen haben in Stormarn allerdings von den Mitgliederzahlen her zugenommen, es gibt viele neue Ortsverbände, die müssen jetzt auch beraten werden, zum Beispiel hinsichtlich der Gemeindeordnung, damit sie wissen, in welchem Rahmen man sich bewegt.

Wir sind noch an einem Thema dran: Wir sind zusammen mit Lauenburg an der Abfall-Wirtschaftsgesellschaft Südholstein beteiligt, der AWSH. Wir sind jetzt dabei, die Tarifstrukturen zu ändern. Es soll noch mehr aus der grauen Restmülltonne raus und in den Biomüll und ins Papier. Die Entgeltstruktur ist deshalb jetzt geändert worden. Das hört sich nicht so spannend an, ist aber ein Teil zur ökologischen Erneuerung: Weg vom Abfall, hin zu Wertstoffen.

Weitere Projekte könnt Ihr unserem Kreistagswahlprogramm unter http://www.gruene-stormarn.de/userspace/SH/stormarn/2013/Kreistagswahlprogramm_2013.pdf entnehmen.

Gegenwind: Wie läuft da die Zusammenarbeit mit den Grünen in Lauenburg? Gibt es eine regelmäßige Zusammenarbeit, oder ist die eher projektbezogen?

Stefan Kehl: Eher projektbezogen, und es hängt an den Personen. Es gibt keine formalisierten Treffen mit der Lauenburger Kreistagsfraktion, wir sind ja alle nur ehrenamtlich abends aktiv, wir haben schon genug um die Ohren. Und außer Politik gibt es noch den Beruf und die Familie. Die meisten unserer Kreistagsabgeordneten engagieren sich zusätzlich in der Gemeinde. Für Überörtliches bleibt nicht so wahnsinnig viel Zeit. Es gibt auch die Runde in der Metropolregion, an der wir uns sporadisch beteiligen, mehr geht aus Kapazitätsgründen nicht.

Gegenwind: Orientiert sich der Kreis denn eher nach Kiel oder eher nach Hamburg?

Stefan Kehl: Kiel ist für Stormarn weit weg. Es gab hier ja auch die große Diskussion um den Nordstaat. Bei der Kreismitgliederversammlung war die große Mehrheit gegen einen Nordstaat. Das geht hier bei uns quer durch. Es ist keineswegs so, wie man es sich vielleicht in Nordfriesland vorstellt, dass hier alle für den Nordstaat wären und am liebsten von Hamburg geschluckt werden würden, im Gegenteil. Hamburg ist sehr zentralistisch, da hätte man als Stormarner relativ wenig zu sagen. Ich möchte nach alter grüner Manier, dass möglichst viel unten entschieden wird. Aber es arbeiten viele in Hamburg. Wir sitzen hier zum Interview in Großhansdorf, das war bis 1937 ein Hamburger Ortsteil. Deswegen gibt es hier die U-Bahn. Damit fahren viele Leute zur Arbeit nach Hamburg. Aber es kommen aus Hamburg auch viele Leute nach Stormarn zum Arbeiten, das ist nicht so bekannt. Zwei zu eins ist das Verhältnis. Hier in Stormarn gibt es sehr viele Arbeitsplätze. Dafür kommt die Natur erst in zweiter Linie, auch wenn es hier schöne Ecken gibt. Aber von der Struktur her ist Stormarn etwas anderes als Nordfriesland oder Schleswig-Flensburg.

Gegenwind: Vielen Dank!

Wer jetzt abonniert, wird belohnt!

Aboprämie II:

Öko-total

Das grüne
Branchenbuch

Hamburg und Schleswig-Hol-
stein, Ausgabe 2013/2014

Auf 144 Seiten findet man nicht nur die klassischen Anbieter aus den Bereichen Ernährung, Kosmetik und Textilien, sondern die ganze Palette des ökologischen Wirtschaftens von A wie Abfallentsorgung bis Z wie Zimmereien. Zusätzlich sind zahlreiche Hinweise, Tipps und Adressen enthalten, die helfen, das Leben gesünder und umweltgerechter zu gestalten.

ten. Das grüne Branchenbuch ist bereits seit vielen Jahren eine wichtige Orientierungshilfe für umweltbewussten Einkauf und gesundes Leben im Norden.

Im 20. Jahr seines Erscheinens bietet es 20.000 aktuelle, überprüfte Adressen rund um Ernährung, Wohnen, Energie, Kosmetik, Bauen, Reisen, Bildung, Gesundheit, Geldanlage, Shopping, Garten, Verkehr und Kinder.



Ich abonniere den
Gegenwind

- Probeabonnement
3 Hefte zu 5 Euro. Geld liegt bei.
- Jahresabonnement, 12 Hefte
das Abo verlängert sich automatisch,
wenn es nicht gekündigt wird.
- normaler Preis: 33 Euro
- Solidaritätspreis: 46,20 Euro
- ermäßigter Preis: 23,10 Euro
(für Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen,
SchülerInnen – ohne Aboprämie)

Bitte Aboprämie Nr. _____

Datum / Unterschrift:

AbsenderIn:

Name:

Straße:

Ort:

Telefon:

Ich weiß, dass ich diese Bestellung innerhalb von einer Woche widerrufen kann, Namen und Adressen von AbonentInnen werden elektronisch gespeichert. Falls ich umziehe, ohne meine neue Adresse mitzuteilen, darf die Post meine Angaben aus einem Nachsendeantrag an den Verlag weitergeben.

Datum / 2. Unterschrift

bitte
45 Cent

Postkarte

An den
Gegenwind
Magazin Verlag

Schwefelstr. 6

24118 KIEL

Diskriminierung und wie man sich wehren kann



In der EU soll Diskriminierung verboten, bekämpft und bestraft werden. Mehrere Richtlinien geben den Rahmen für die Gesetze in den Mitgliedsstaaten vor. Deutschland hat diese Vorgaben 2006 mit dem „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ umgesetzt. Es verbietet die Diskriminierung aus Gründen der „Rasse“ oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Wer Opfer einer Diskriminierung wird, hat das Recht zu klagen. In einigen Fällen kann man eine Entschädigung bekommen. Es gibt auch Fälle, in denen eine diskriminierende Entscheidung korrigiert wird.

Es gibt aber auch eine erlaubte Ungleichbehandlung, wenn es „sachliche Gründe“ gibt. So dürfen Vermieter bestimmte Mieter ablehnen, Organisationen der Kirche eine bestimmte Glaubensrichtung bevorzugen.

Diese Broschüre informiert über das Recht und die Möglichkeiten, sich gegen Diskriminierungen zu wehren.

2014, 48 Seiten, 2 Euro
Einzelheft: 2 Euro plus Versand

Für Wiederverkäufer:
5 Hefte: 7 Euro plus Versand
11 Hefte: 14 Euro plus Versand
22 Hefte: 28 Euro inkl. Versand

Das könnte Sie auch interessieren:



2005 löste das Aufenthaltsgesetz das bisherige Ausländerrecht ab. Hier wird es systematisch vorgestellt, dass auch Laien es verstehen.
2011, 48 Seiten, 2 Euro

Die Sarrazin-Debatte 2010/2011: Vorurteile gegen Türken und Araber, gegen Moslems werden salonfähig. Nur „nützliche“ Einwanderer sind gut.
2011, 48 Seiten, 2 Euro



Wo Menschen aus vielen Herkunftsländern zusammenleben, muss man das Zusammenleben trainieren. Hier wird nachvollziehbar erklärt, wie das funktioniert.
2011, 48 Seiten, 2 Euro

In 38 Interviews erzählen Einwanderer, was sie „typisch Deutsches“ im Gepäck haben, wenn sie in der alten Heimat Urlaub machen.
2013, 48 Seiten, 2 Euro



Zehn Jahre lang ermordete eine Gruppe von Nazis Einwanderer, Inhaber kleiner Geschäfte. Sahen die Behörden weg? Oder wollten sie nichts sehen?
2012, 48 Seiten, 2 Euro

Besuchen Sie uns gerne im Internet:
www.brd-dritte-welt.de
Hinweis: Im Buchhandel kostet jedes Heft 2 Euro.

An den
Magazin Verlag
Schweffelstr. 6
24118 Kiel

Ich bestelle:

- o Heft 62: Aufenthaltsgesetz (2 € plus Versand)
- o Heft 68: Diskriminierung (2 € plus Versand)
- o Heft 75: Interkulturelle Kompetenz (2 € plus Vs)
- o Heft 76: Geht es um Integration?
Die Sarrazin-Debatte 2010/2011 (2 € plus Vs)
- o Heft 83: „Ich packe meinen Koffer“
(2 € plus Versand)
- o Heft 84: Die Morde des NSU (2 € plus Versand)

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Datum:

Unterschrift: